

Bezugspreis:

Wöchentlich 30 Pfennig, monatlich 80 Pfennig, vierteljährlich 2,50 Reichsmark, halbjährlich 5,00 Reichsmark, jährlich 10,00 Reichsmark, für das Ausland 12,00 Reichsmark, für den Posten.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedanken und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Raumverteilung 10 Pfennig, Reklamzeitung 4 Pfennig, „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 10 Pfennig (zwei bis fünf Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten 5 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Telefon 292-295
Verlag: Telefon 2506 2507

Sonnabend, den 31. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 373 36 - Bankkonto: Direction der Zentral-Verwaltung, Teufelstraße 3

Otto Braun preussischer Ministerpräsident.

Im ersten Wahlgang mit 221 Stimmen gewählt.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten im Landtag wurden 435 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Otto Braun 221 Stimmen. Ferner erhielten der deutschnationale Kandidat Dr. von Kries 175 Stimmen und der Kommunist Pieck 39 Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 218 Stimmen. Otto Braun ist damit im ersten Wahlgang gewählt.

Genosse Otto Braun hat jüngst im „Vorwärts“, gegen die völksparteiliche „Zeit“ polemisch, erklärt, er könne es keineswegs unrlühmlich finden, wenn eine Regierung nach mehr als dreijähriger Tätigkeit einmal eine parlamentarische Niederlage erleide und daraus die Konsequenzen ziehe. Wie wenig das vorkam, woraus die „Zeit“ vom „unrlühmlichen Ende“ Brauns berechtigt war, zeigt sein parlamentarischer Sieg vom gestrigen Tage.

Die Regierung Braun-Severing hat über die drei Jahre lang in allerhöchster Zeit die Geschichte des preussischen Staates geleitet. Sie hat es selbstverständlich nicht allen recht machen können. Sie hat sich rechts und links fanatische Feinde geschaffen, und es wäre wahrlich kein Wunder gewesen, wenn sie sich in Kampf und Arbeit vollständig verbräuhet hätte.

Wie wenig das aber der Fall ist, hat der gestrige Tag gezeigt. Die Wiederwahl Brauns zum Ministerpräsidenten stellt nach allem Vorgegangenen einen politischen Erfolg dar, der in der Geschichte des Parlamentarismus geradezu beispiellos ist. Ein solcher Erfolg fällt keinem von selbst in den Schoß, er kann nur durch hohe Verdienste um den Staat gewonnen werden. Diese Verdienste der Regierung Braun und ihres Chefs sind denn auch von der großen Mehrheit des preussischen Volks anerkannt worden und sie haben ja bekanntlich bis in die letzte Zeit hinein ihre Lobredner auch unter denen gefunden, die heute aus klaren politischen Gründen die fanatische Heße der Rechts- und Völksparteien gegen diese Regierung unterstützen.

Es war eine große Ueberraschung, daß Braun gleich im ersten Wahlgang gewählt wurde. Allgemein hatte man damit gerechnet, daß eine Stichwahl notwendig werden würde und daß dann die Kommunisten — die doch, um vor ihren Anhängern das Gesicht zu wahren, nicht geradezu für Herrn v. Kries stimmen konnten — weiße Stimmzettel abgeben würden. Dann war Brauns Wahl gegen v. Kries im zweiten Gang gesichert.

Diese Annahme hätte sich wohl als richtig erwiesen, wenn das Haus voll besetzt gewesen wäre und die Opposition ihre Geschlossenheit vom 23. Januar bewahrt hätte. Indes fehlten von der Opposition sechs Mann, von den Regierungsparteien nur drei, d. h. jene drei tranken Mitglieder der Zentrumspartei, die schon am 23. Januar fehlten. Die drei Dissidenten des Zentrums vom 23. Januar scheinen diesmal wieder — die Wahl war geheim — für Braun gestimmt zu haben, ebenso die zwei Polen. Die sechs unbefriedigten Zettel dürften von den Welsen der Wirtschaftspartei abgegeben worden sein, entscheidend waren sie für das Ergebnis nicht, denn die Gegner Brauns hatten es nur auf 175 + 39 = 214 Stimmen gebracht; kamen noch sechs hinzu, so ergab sich für Braun immer noch eine Mehrheit von einer Stimme.

Die Abgabe der weißen Zettel zeigt auf alle Fälle, daß die oppositionelle Front gegen Braun nicht mehr so geschlossen ist wie am 23. Januar. Damals brachte sie es auf 221 Stimmen, diesmal nur noch auf 214.

Brauns Wiederwahl im ersten Wahlgang bedeutet eine glänzende moralische Genugtuung. Eine Lösung der Preußenskrise bedeutet sie jedoch noch nicht. Die Abstimmung am 23. Januar hat die Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse erwiesen, diese Unsicherheit besteht fort, auch durch die Abgabe von sechs weißen Zetteln bei der gestrigen Wahl wird nichts Entscheidendes an ihr geändert. Es besteht also die Möglichkeit, daß sich die Fraaikonödie vom 23. Januar wiederholen könnte.

Welche Folgerungen aus dieser Möglichkeit zu ziehen sind, ist Gegenstand der Verhandlungen, die zurzeit zwischen den Parteien stattfinden. Wir neigen allerdings zur Ansicht, daß es besser wäre, wenn weniger verhandelt und mehr gehandelt würde. Es ist unwahrscheinlich, daß die Opposition die bei Wiptrauensorten verfassungsmäßig vorgeschriebene Mehrheit aller Mitglieder des Hauses zusammenbringt, es ist möglich, daß sie bei einer solchen Gelegenheit eine einfache Mehrheit gewinnt. Dieser Möglichkeit dürfte man sich allerdings nur dann aussetzen, wenn man entschlossen wäre, in dem Fall, daß sie zur Wirklichkeit würde, den Landtag aufzulösen und abermals an das Volk zu appellieren. Rechte und Kommunisten versuchen, durch ein Spiel mit

der Auflösung die Regierungsparteien zu bluffen. Für diese aber gibt es keinen Grund, vor einem solchen Bluff zurückzweichen. Es ist doch einfach lächerlich, wenn so getan wird, als ob die Opposition bei Neuwahlen gewinnen könnte. Das gerade Gegenteil ist der Fall.

Gegen die Deutschnationalen wirkt ihr zweideutiges Verhalten in der Reichsregierung, die Enthüllung der Demagogie, die sie in Fragen der Außenpolitik, der Staatsform und besonders der Aufwertung getrieben haben. Die Volkspartei würde vergebens versuchen, den Widerspruch zwischen der Abschiedsrede ihres Herrn v. Richter im Kabinett und ihrem Verhalten im Landtag den Wählern schmackhaft zu machen. Die Kommunisten aber befinden sich in unauhaltbarem Rückgang. Ihr Zusammenwirken mit der Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die sich bis zu den berüchtigten Ueberfällen auf die Arbeiterdemonstranten am 27. Januar steigerte, muß schließlich auch Blinde sehend machen. Kindisch und kaum ernst gemeint sind die Hoffnungen, die die Gegner auf die Verstärkung ihrer Dreckschleuder

Artillerie setzen. Schließlich war das Verleumdungs-Trommelfeuer, das dem 7. Dezember vorausging, auch nicht von Pappe, und doch hat es nicht verhindern können, daß die Sozialdemokratie vom 4. Mai bis zum 7. Dezember einen Zuwachs um 31 Proz. erzielte, während die Kommunisten in dem gleichen Zeitraum etwa um den gleichen Prozentsatz zurückgingen. Genau in dem Maß aber, in dem sich der Rückgang der Kommunisten fortsetzt, verschlechtern sich auch die Aussichten der Rechten.

Wird jetzt auf die Auflösung verzichtet, so ist das vielleicht ein ebenso großer Fehler wie jener, der im Reich gemacht wurde, da man nicht sofort nach der Abstimmung über die Dawes-Gesetze am 29. August auflöste.

Jedoch will das Zentrum die Entscheidung nach nicht vor das Volk tragen. Braun wird infolgedessen versuchen müssen, ob es möglich ist, besser gesicherte Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge vom 23. Januar ausschließen. Gelingt ihm das nicht, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annimmt. Was dann?

Das Zentrum denkt nach seinem bisherigen Verhalten und seinen Presseäußerungen keinesfalls daran, bei der Rechten Anschluß zu nehmen. Auch an eine Wiederholung des Stegerwald-Experiments wird nicht gedacht. Ob es einem Zentrumsmann — man nannte in diesem Zusammenhang schon den westfälischen Landeshauptmann Horion — gelingen würde, der Weimarer Koalition Zugang zu verschaffen, steht dahin. Ein Minderheitskabinett aus Zentrum und Demokraten würde sehr rasch in dieselbe Zwangslage geraten wie die Regierung Marx im Reich: entweder würde es von den Sozialdemokraten unterstützt werden, und dann würde es von der Rechten nicht besser behandelt werden als eine „offene“ Weimarer Koalition, oder es würde auf die Unterstützung der Sozialdemokraten verzichten, und dann wäre zu guterletzt doch der Rechtsblock, der Bürgerblock, da, den Zentrum und Demokraten nicht wollen.

Wir können daher von unserem Standpunkt aus nur bedauern, daß nicht der gerade Weg beschritten wird, der entweder zur Behauptung der Weimarer Koalition in diesem Landtag oder aber zur Auflösung führt. Es ist nun einmal so, daß in diesem Landtag eine sichere Mehrheit nur für die große Koalition da ist, die die Volkspartei nicht will, oder für den Rechtsblock, den das Zentrum nicht will. Nach qualvollem Hin- und Herexperimentieren wird das Zentrum vor die Entscheidung gestellt sein: Rechtsblock oder Auflösung! Dann aber ist anzunehmen, daß sich das Zentrum für die Auflösung entscheiden wird.

Wie lange oder wie kurz das währen mag, auf alle Fälle gilt es, bis dahin die Geister wach und die Waffen scharf zu erhalten. Bei allem, was nun folgen mag, darf nicht vergessen werden:

der 23. Januar, an dem die Rechte mit lautem Jubel die Unterstützung der Kommunisten annahm, um das Kabinett Braun-Severing zu stürzen,

der 27. Januar, an dem die Kommunisten Arbeiter, die gegen den Rechtskurs demonstrierten, aus dem Hinterhalt überfielen und niederschlugen, wofür sie abermals Lob und Dank der Rechten ernteten, und schließlich

der 30. Januar, der trotz alledem der Regierung Braun einen neuen parlamentarischen Sieg brachte.

Dieser parlamentarische Sieg muß seine Fortsetzung, Bestätigung und Krönung finden bei den nächsten preussischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen werden.

W.B. meldet:

Der preussische Ministerpräsident Braun hatte gestern abend eine längere Besprechung mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zunächst den Versuch machen möge, ein Kabinett der großen Koalition durch Verhandlungen mit der Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wiederherzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser

Arbeiter, schützt die Republik!

Ein Aufruf der Gewerkschaften.

Der Bundesausschuh des ADGB hat am Freitag zu der politischen Lage in folgender Entschliehung Stellung genommen:

Der Sieg des Bürgerblocks im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsüber wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegenzutreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Rapp-Putsch bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch getämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiedertehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglicht, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuh des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuh verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossenem Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuh ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden.

lösung unter allen Umständen der Versuch einer Kabinetts-  
bildung durch den Ministerpräsidenten Braun fortgesetzt werden soll.

Nach dem Verhalten der Volkspartei in den letzten Wo-  
chen kann eine mehr als formale Bedeutung des mit ihr  
zu führenden Verhandlungen schwerlich zugesprochen werden.

Der Vorkomitee wird am Dienstag zusammentreten und  
nächstens für den Donnerstag die endgültige Wahl des  
Landtagspräsidenten ansetzen. Da die Parteien  
der Weimarer Koalition geschlossen für Bartels stimmen  
wollen, scheint seine Wiederwahl gesichert.

## Bremer Bürgerblock.

### Die Wahl des neuen Senats.

Bremen, 20. Januar. (M.Z.) In der heutigen Sitzung der  
Bremerischen Bürgerschaft wurde auf Vorschlag von Professor  
Dr. Dieß (D. Sp.) der neue Senat mit 59 Stimmen bei 47 Stim-  
menthaltenen wie folgt gewählt: Dr. Martin Donandt (Dnat.),  
Franz Schlant (Dnat.), Hermann Rodwald (Dnat.), Dr. Her-  
mann Apelt (D. Sp.), Heinrich Bömers (D. Sp.), Gustav  
Hobelmann (D. Sp.), Albert Spreßel (D. Sp.), Dr. Detmar  
Stahlnecht (D. Sp.), Dr. Theodor Splitta (Dem.), H. S.  
Weyer (Dem.), Karl Thalenhorst (Dem.), Ernst Robert Johann  
Henrich (Dem.), Karl Stiglmayr (Dem.) und Dietrich Aller-  
heiligen (Dem.). Die Sozialisten und Kommunisten gaben Er-  
klärungen ab, in denen sie dem Senat schärfste Opposition  
anfügten.

## Ein Ministerialpaß.

### Erinnerung aus alten Zeiten.

In der Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag wurde Staatsminister Severing gefragt, ob es  
auch früher möglich gewesen wäre, daß etwa wie in dem durch die  
Presse gegangenen Falle, der Durchreise der Eltern Barmatz,  
Pässe oder Durchreisegenehmigungen von einem Ministerium  
ohne genaueste Prüfung des Sachverhalts ausgestellt  
würden. Minister Severing erwiderte, daß er schon beim  
flüchtigen Durchsehen der Akten seines Ministeriums  
Präzedenzfälle gefunden hätte. Er beugte sich aber damit, einen  
besonders eigenartigen und interessanten Fall anzuführen. Da dieser  
Fall in den Berichten angeht, die großen Umfangs der Ausschü-  
fung nur gestreift wurde, veröffentlicht der Amtliche Preussische  
Pressebericht die vom Minister Severing vorlesenen Urkunden und den  
Text des Passes im Wortlaut:

### Urkunden im königlichen Ministerium des Innern.

#### Eilt sehr!

Erzelenz von Mühlberg ist um Ausfertigung eines  
Ministerialpasses für Herrn Ingenieur Werner Barth aus Redlich  
nach der Schweiz bitten. Erzelenz von Mühlberg hat sagen lassen,  
der Paß möchte ihm sobald als möglich zugestellt werden.

gez. Hirsch, 14. August.

#### V.

1. Der Paß ist auszufertigen.

2. Zu den Akten.

Berlin, den 14. August 1903.

J. B. Bischofshausen.

Der ausgestellte Ministerialpaß hatte folgenden Text:

Reise-Paß gültig auf ein Jahr.

Paß-Journal Nr. 84.

Drei Mark Stempel und Gebühren.

### Wir Wilhelm

#### von Gottes Gnaden König von Preußen usw.

Ersuchen hiermit, unter dem Versprechen einer vollkommenen  
Erwidlung, alle Militär- und Zivilbehörden auswärtiger Staaten,  
unseren künftigen Militär- und Zivilbehörden aber befehlen Wir  
ausdrücklich, auf Vorzeigung diesem dem Ingenieur Werner  
Barth in Redlich wohnhaft, nach der Schweiz und weiter im Aus-

lande frei und ungehindert reisen, auch nötigenfalls ihm Schutz und  
Beistand angedeihen zu lassen.

Gegeben: Berlin, den 14. August 1903.

Ein Tausend Neuhundert und drei.

Auf Seiner königlichen Majestät allerhöchsten Spezial-Befehl.

Der Minister des Innern, J. B. Bischofshausen.

Stempel: Königlich Preussisches Ministerium des Innern.

Unterschrift des Passinhabers: Werner Barth.

II.

Der königliche Polizeipräsident.

Igbb. Nr. IV 13337

S. P.

Frankfurt (Main), den 28. September 1903.

Geheim!

Betrifft: den Ministerialpaß des Ingenieurs Werner Barth  
in Redlich.

Ohne Verfügung.

Wiesbaden, den 8. Oktober 1903.

U. R. nebst Anlage ergeben zurück mit dem Ersuchen,  
zur Vervollständigung der Vorlage noch eine Schriftprobe  
des eigenhändig niedergeschriebenen Namens des v. Bran-  
denstein beizufügen zwecks Vergleichung mit den Schrift-  
zeichen des Passinhabers Werner Barth.

Der Regierungspräsident, J. A. gez. Unterschrift.

An den Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden.

Bei den Sachen des Kunstmalers Werner Freiherr von Bran-  
denstein, geboren am 18. August 1877 zu Münster, zurzeit hier  
wegen Vergehens aus § 175 RStGB. in Untersuchungshaft, ist der  
angegebene Ministerialpaß vom 14. August 1903 gefunden  
worden. Von Brandenstein wurde das Papier zu besichtigen. Der  
Paß lautet auf den Ingenieur Werner Barth in Redlich, ist am  
14. August 1903 ausgestellt, trägt Nr. 84 des Paß-Journals. Der  
Paß ist auf ein Jahr gültig gewesen und somit bereits 1904 ab-  
gelaufen.

Auf Befragen, welche Bewandnis es mit dem Paß habe, hat  
Brandenstein folgendes erklärt: Im Jahre 1903 sei er infolge  
seiner homosexuellen Betätigung mit Männern aus dem 1. Garde-  
regiment entfernt worden und ins Ausland verzogen. Um  
ihm sein Fortkommen im Ausland zu erleichtern, hätten ihm Ver-  
wandte und Gönner den Paß verschafft, ohne das Ministerium  
im unklaren zu lassen, für wem derselbe bestimmt sei. Der Paß  
sei ihm seinerzeit ins Ausland nachgeschickt worden. Sonst  
wisse er sich nichts zur Sache zu erinnern. Die versuchte Bekämpfung  
des Schriftstückes habe er unternommen, um den beteiligten Beamten  
Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Die Identität von Brandenstein habe ich in Potsdam feststellen  
lassen. Ein Ingenieur Werner Barth ist in den drei Orten des  
Namens Redlich nicht bekannt. Die Angaben von Brandenstein,  
die kaum staubhaft erscheinen, können hier einer weiteren Nach-  
prüfung nicht unterzogen werden.

Ich stelle die Vorlage des Passes an höherer Stelle zur geneigten  
Erwägung.

In Vertretung: Wahrenholz.

Der Polizeipräsident.

IV S. P. 13337.

Frankfurt a. M., den 12. Oktober 1903.

Geheim!

Urschriftlich dem Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden  
mit einer Schriftprobe des von Brandenstein ins Ausland verzogenen  
von Brandenstein ist inzwischen zu 1 Monat Gefängnis ver-  
urteilt worden, welche Strafe er zurzeit verbüßt.

Scherenberg.

Wiesbaden, den 16. Oktober 1903.

Urschriftlich nebst den Anlagen dem Herrn Minister des Innern  
in Berlin überreicht.

Der Regierungspräsident v. Reiser.

Der Minister des Innern.

II f 1519

Präf. den 21. Oktober 1903 mit 2 Anf. Randbericht  
des Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 16. Ok-  
tober 1903 — C 3839 II. Ang. — betr. einen für den In-  
genieur Werner Barth in Redlich im Jahre 1903 ausge-  
stellten Ministerialpaß

Berlin, den 20. Oktober 1903.

Mit 5 Anlagen u. A.

An den Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zur  
geneigten Kenntnisnahme überlandt.

Der Paß vom 14. August 1903 ist auf das meinem Zentral-  
bureau übermittelte Ersuchen des damaligen Unterstaatssekretärs

von Mühlberg für den Ingenieur Werner Barth aus Redlich  
ausgefertigt und Herrn von Mühlberg überhandt worden. Von einer  
vorgängigen sachlichen Prüfung des Antrages war seinerzeit abge-  
sehen, weil in der Persönlichkeit des Herrn Unterstaatssekretärs des  
Auswärtigen Amtes ohne weiteres volle Gewähr für die Zulässigkeit  
der Ausstellung und ordnungsmäßigen Verwendung des Passes ge-  
funden werden mußte. Hätten hierüber Zweifel bestanden, so würde  
die Passausfertigung, wie ich nicht hervorzuheben brauche, selbstver-  
ständlich unterblieben sein.

Abtschrift IIIb 14394

Königlich Preussische Gesandtschaft.

J. Nr. 576.

Rom, den 14. November 1903.

In Beantwortung des Erlasses vom 6. November d. J.

IIIb 13614/74011.

An eine Passausfertigung für einen gewissen Ingenieur Werner  
Barth aus Redlich oder an besondere Umstände, die diese Aus-  
stellung begleitet hätten, kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich er-  
innere mich nur, daß während meiner Amtsführung einmal eine hoch-  
gestellte Persönlichkeit aus der obersten Umgebung Ihrer Majestät  
der Kaiserin mich aussuchte und um Ausstellung eines Passes für  
einen erstklassigen Verwandten bat. Es ist möglich, daß es sich da-  
mals um die Ausstellung eines Passes auf den Namen Barth  
handelte. Nach Verlauf so langer Jahre vermag ich dies aber nicht  
mehr anzugeben. Persönlich ist mir weder ein Ingenieur Barth  
noch ein Freiherr Werner von Brandenstein bekannt.

gez. Mühlberg.

Er. Egg dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten,  
Herrn von Bethmann-Hollweg.

## Frünse Nachfolger Trotkis.

### Die offizielle Ernennung.

Moskau, 30. Januar. (Russ. Telegr.-Agentur.) Das Zen-  
tral-Exekutivkomitee der Sowjetunion gibt ein Dekret heraus, wonach  
Trotki seines Amtes als Volkskommissar für Krieg und Marine  
entzogen und Frünse für diesen Posten ernannt ist.

### Der neue Kriegsminister des Sowjetbundes.

Moskau, 30. Januar. (Ost-Expreß.) Das Dekret des Zen-  
tral-Exekutivkomitees, das in Ausführung des Parteibeschlusses Trotki  
seiner Ämter als Vorsitzender der Revolutionärsregierendes und Kom-  
missar der Armee und Flotte entzogen und Frünse an seiner Stelle  
ernannt, legalisiert im Grunde nur den schon seit längerer Zeit be-  
stehenden Zustand. Trotki hat seine militärischen Kenntnisse  
praktisch schon lange nicht mehr ausgebaut, und die eigentliche Leitung  
hatte Frünse, der, Trotki Wünschen zuwider, im Frühling des ver-  
wichenen Jahres zu seinem Stellvertreter ernannt worden war. Dies  
geschah nach der großen Parteibildung, als Kommunisten in jü-  
ngeren militärischen Stellungen sich für den in die Opposition getre-  
tenen Trotki aussprachen, während Frünse sich als zuverlässiges  
Werkzeug der Parteizentrale erwies. Frünse stammt  
aus dem Bauernstande, und zwar aus Bessarabien. Er ist  
ein alter Bolschewist, der während der Zarenzeit als Revolutionär  
zu langjähriger Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt war. Nach der  
bolschewistischen Revolution schlug er bald die militärische Laufbahn  
ein und verlebte sich in der Roten Armee seine Spuren in den  
Kämpfen gegen den Admiral Koltschak. Im Kriege gegen den Gene-  
ral Wrangel war er bereits zum Führer einer Armee aufgerückt.  
Frünse ist Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei  
und des Zentral-Exekutivkomitees des Sowjetbundes.

### Russische Pläne gegen Rumänien?

Die T. L. teilt mit: Der amtliche englische Funkdienst  
meldet aus Moskau, daß Trotkis Nachfolger, Frünse, überall  
Protestveranstaltungen gegen das Verbleiben Bessarabiens  
bei Rumänien einberufe. Aus Südrussland kommen Nach-  
richten über große Truppenverschiebungen nach der  
Grenze. Die sibirischen Eisenbahnen seien mit Militärtransporten  
überlastet. Gleichzeitig werde fleißig an der Instandsetzung der  
Straßen gearbeitet.

Infolge der Spaltung der SPD des Saargebietes werden von  
der nächsten Woche an zwei kommunistische Zeitungen im Saar-  
gebiet erscheinen, die sich voraussichtlich in der heftigsten Weise be-  
feinden werden. Die gegen die Zentrale stehende Opposition hat be-  
schlossen, zweimal wöchentlich die „Arbeiterzeitung“ herauszugeben.

## Sebetmühlen und Treibriemen.

Von Richard Rainer.

Enghässen Rettungsmittel zufolge hat die tibetanische  
Regierung durch ihre indischen Agenten Wasserkränzen  
angekauft, die mit Arbnauischen von Maurizien über den  
Himalaja transportiert werden sollen.

Gegen die große Industrie ist kein Kraut gewachsen.

Chinesische Mauern, endlos und speerbewehrt, sind ihr ein leiser  
Spott, keine Ozeane dehnen sich ihr weit genug, kein Himmelsragendes  
Gebirge türmt sich ihr zu hoch.

Sie bürstet sich in bauchigen, meerdurchplügenden Ungeheuern  
und verwandelt sich dann mit eins in ein schmieglames, gliederloses  
Zehntausendfüßler, das sich in den Schluchten und Pässen des  
Himalaja voranwindet.

Bist es doch, das letzte, das späteste unter den Vändern des  
Erdballs zu erubern: Tibet, das geheimnisvolle verschlossene „Land  
des Schnees“, das Land der lebenden Buddhas und des immerwäh-  
renden Gebets.

Seit im siebenten nachchristlichen Jahrhundert Könige Sron-  
glan-gam-po, bewegen durch seine buddhistischen Frauen, eine  
indische und eine chinesische Prinzessin, Wände aus dem Gongestal  
in das Hochland rief, um „das Rad der Lehre“ zu drehen, seit der  
Glaubensbote Padmalambhava die Dämonen der uralten schama-  
nistischen Kon-Religion bannete und zu „Hütern der Lehre“ machte,  
wurde das rauhe Hirtenvolk unter die Szepter der Priester gebeugt.  
Die Hierarchie erblickt seit dem großen Reformator Tsong-Kapa ihr  
Oberhaupt in dem Dalai-Lama von Lhasa, der als Fleischwerdung  
des Bodhidharma, des von Buddha-Bater ausgesandten Weisheits-  
wesens, göttliche Berechnung genießt.

Wie verlegt ist seither der Silberstrom nach der Burg Potala,  
die sich einer mongolischen Atropolis vergleichbar, auf dem roten  
Felsen von Lhasa emporsteigt; tief ist der alles beherrschende Gebets-  
faktus in die nie veränderten Handhabungen des Lebensunterhalts  
eingedrungen.

Der vierzehnte in der Reihe der gelben Päpste, der ein smarterer  
jünger Mann sein und sogar europäische Metropolen gesehen haben  
soll, beruft nun englische Ingenieure ins Land, um das „Rad der  
Lehre“ zu drehen. Sicherlich hat der Dalai-Lama nichts anderes im  
Sinn, als mit hochherzigen Metallfabriken den Glanz seiner  
Tempel zu erhöhen. Doch wird dies angehen, ohne eine Gemüter-  
revolution herbeizuführen? Und wird es dabei bleiben, wird das  
Interesse des gewerblichen Fortschritts nicht vielmehr über tausend-  
jährige Ueberlieferung steigen?

Zuerst wird es nur wie ein Hauch des Fremdartigen sein, dann  
aber werden die Quingen der jungen Industrie sich spannen, und am  
Ende wird die kapitalistische Wundbraut über dem innersten Asten  
hinhinbrauen.

Doch die herrschende Priesterkaste wird Dämme des Gewissens  
gegen die soziale Sturmflut zu errichten wissen. Sie wird die tausend  
und zehntausend Mönche, die in den großen Klöstern müßig die  
Gebeizpfländer drehen, in einem neuen Gottesdienst unterwerfen: Sind  
es nicht die mächtigen dienstbaren Dämonen, deren Gewalt die  
Schwungräder treibt? Ist es nicht soviel zuträglicher dem Heile  
der Seele, wenn der rafflos jagende Treibriemen die heilige Inschrift:  
„Om mani padme hum“ (O du Kleinod im Lotus, Amen!) zum  
Himmel aufschleudert? Wo wird es gut sein, ihr niederen Mönche,  
Lohnarbeiter zu werden und dem Kleinod im Lotus zu Ehren Kleider  
und Schuhe zu produzieren.

Die mönchlichen Proletarier werden Buddha und ihren Herren  
dienen. Sie werden fröndel in einem feudol-kapitalistischen Joche,  
gläubig und voller Hoffnung auf eine bessere Wiedergeburt, bis  
langsam, unendlich langsam Asten erwacht.

Dann werden sie die Fesseln ihrer Unterdrücker von sich werfen  
und für ihre eigene Wohlfahrt arbeiten.

Auf ihre Treibriemen werden sie Worte setzen in tibetanischer  
Zunge: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Ihre Arbeit wird Menschen dienen sein, Dienst am Menschen in  
der Gemeinshaft.

## Um das Deutsche Opernhaus.

Im Amtsgericht Charlottenburg fand Freitag vormittag die  
erste Gläubigerversammlung in Sachen des Konkurses  
des Deutschen Opernhaus A. G. statt. Der Konkursverwalter  
Borchardt gab einen Bericht über die Vermögenslage des Unternehmens.  
Das Kapital, das bei der Begründung eine Million Goldmark be-  
trug, genügt von vornherein nicht, so daß die Verwertung sofort in  
Zahlungschwierigkeiten geriet. Diese wurden immer für den Augen-  
blick behoben, aber der Erfolg dieser Finanzgebahrung war der, daß  
der Fundus der Stadt Berlin überreignet wurde. Gleichzeitig wurde  
eine Sicherheitsüberweisung dieses Fundus für einen Kredit der  
Dresdner Bank vorgenommen. Die künstlerische Leitung lag bis  
zum Jahre 1922 bekanntlich in den Händen des Intendanten Hart-  
mann. Seit der Entlassung Guntrams und dem freiwilligen Rück-  
tritt Bloch ging das Unternehmen dauernd zurück. Sehr unheilvoll  
war auch für die Gesellschaft das Wirken des Baurates Hippmann,  
der mit dem bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden Baurat Ahrens  
zusammen den weitaus größten Teil der Aktien übernommen hatte.  
Hippmann schaltete vollkommen diktatorisch. Im Dezember 1924  
wurde der Konkurs über das Unternehmen eröffnet. Es wurde  
jedoch weiter gespielt, und das Personal erhielt anteilmäßig die  
Löhne. An Aktien liegt in der Masse nur der Fundus, dessen  
Eigentumsrecht bestritten wird. Angemeldet sind an Vorratsfor-  
derungen erster Klasse 350 000 M., an Vorratsforderungen zweiter  
Klasse 600 000 M. und nichtbevorrechtigte Forderungen 1 1/2 Millionen  
Mark. Wenn nicht eine Einigung nach der Ansicht des aussichts-  
führenden Richters zwischen der Dresdner Bank und der Stadt  
Berlin über den Fundus erfolgt, muß der Betrieb eingestellt werden.  
Das Personal würde in diesem Falle brotlos werden.

Der Vertreter der Stadt Berlin erklärte, daß beabsichtigt sei,  
wenn die Besitzverhältnisse geklärt seien, eine neue Aktien-Gesellschaft  
zu gründen, in der die Stadt Berlin einen entscheidenden Einfluß  
haben sollte. Die Aktien-Gesellschaft sei vorbereitet, das Personal  
würde weiter beschäftigt werden, und die Stadt Berlin würde sich  
bereit erklären, mit einer Quote der Gläubiger (es wurde ein Satz  
von 10 Proz. genannt) abzufinden. Das Ergebnis in der Verhand-  
lung war die Wahl eines Gläubigerausschusses, der besteht aus: der  
Stadt Berlin, der Dresdner Bank, den Herren Ferch, Kammerjäger  
Kellinger, dem Orchestermitglied Schobert und aus einem Mitglied  
des technischen Personals, sowie Justizrat Rosenberger. Es soll  
seiner erste Aufgabe sein, sobald wie möglich die Besitzverhältnisse des  
Fundus festzustellen. Die Dresdner Bank soll als gewöhnlicher  
Gläubiger in die Masse gehen. Die Deutsche Opernhaus A. G. wird  
sich dann verpflichten, die Klage gegen die Stadt Berlin wegen der  
Eigentumsrechte an dem Fundus zurückzunehmen, und dann kann  
der Betrieb von der Stadt Berlin in die Hand genommen werden.

## Elegie an Fene.

Ihr glaubt das Land noch nicht genug gefährdet  
Und wollt es sachgemäß zusammenhau'n,  
Doch wie ihr euch auch schwarz und weiß gebärdet —  
Es bleibt bei Braun!

Mit Bruder Scholem fordert in die Schranke  
Ihr dieses Säkulum durch Faschingsquatsch,  
Fest steht und treu der preussische Gedanke  
Auf Kladderadatsch.

Was habt ihr nun vom Burzeldumnehsagen?  
Mit „Sowjetnational“ ist's nicht getan —  
Voll Trauer wird mit Vikarnellen klagen  
Die „Rote Fahn“.

Schlagt aus und holtet den Verstand besammern,  
Man oft nicht so mit seinem bishen Kries —  
Erst glaubtet ihr, ihr seht die Welt in Flammen,  
Jetzt ist euch wies.

Betrübt steht ihr an eurer Hoffnung Grabe  
Und stumt: Wie sag' ich's meinen Wählern bloß?  
Doch nur getroßt: euch bleibt die Nachtausgabe —  
Dort seht ihr groß! —  
Jeremias.

Mit dem Fliegeng über den Cover. Wie aus Kalkutta berichtet wird,  
hat sich der englische Bienen-König Cobham nach Darjeeling begeben, um  
das Probeflässe für die Ueberweisung des Cover zu unternehmen. Dar-  
jeeling ist der Ausgangspunkt der verschiedenen Expeditionen zur Eroberung  
des höchsten Gipfels der Erde gewesen. Cobham hofft, auf dem Luftwege  
das zu erreichen, was bisher dem Fuß des Menschen noch nicht gelungen ist.  
Der Millionen Jahre alte Fußspuren. Fußspuren eines vorgeschichtlichen  
Tieres, dessen Alter auf drei Millionen Jahre geschätzt wird, sind in dem  
versteierten Schlamme aus den britischen Inseln im indischen Meer  
entdeckt worden. Die Fußabdrücke wurden auf verschiedenen Stellen der  
Insel Sri Lanka gefunden und sind in einigen Fällen vorzüglich erhalten. Nach  
den Angaben von Wiener Gelehrten handelt es sich um die Fußspuren  
eines Dinosauriers, wahrscheinlich eines Titanosaurus.

# Sozialpolitik im Haushaltsauschuß.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags lehnte am Freitag die Beratungen des Voranschlags für das Reichsarbeitersministerium fort. Eine längere Debatte entfiel über die

## Wochenhilfe.

Giebel (Soz.) beantragt, 1. die Leistungen für die Wächnerinnenhilfe und Wochenfürsorge ausreichend zu erhöhen und 2. die Kosten der Wochenhilfe wieder auf das Reich zu übernehmen. Frau Abg. Bohm-Schuch (Soz.) erklärte eine gesetzliche Regelung der Beschäftigung der Frau vor und nach der Niederkunft als dringend notwendig.

Minister Dr. Brauns gibt zu, daß ein Ausgleich in der Aufbringung der Kosten für die Wochenhilfe notwendig sei, wagt aber vor der erneuten Uebernahme der Kosten auf das Reich. Der von der Frau Abg. Bohm-Schuch geforderte Entwurf werde den gelegentlichen Körperkassen zugehen.

Der Antrag Giebel wird in seinem ersten Teil angenommen, in seinem zweiten Teil abgelehnt. Eine kommunizierende Resolution, die lediglich auf ogulatorische Bedürfnisse eingestellt war, wird gleichfalls abgelehnt.

## Das Internationale Arbeitsamt in Genf.

Die Sozialdemokratie beantragt, den Beitrag auf 219 825,30 M. festzusetzen, zweitens die Reichsregierung zu ersuchen, die rückständigen Beiträge für 1922 bis 1924 mit 608 969,70 Mark in einem Nachtragsetat anzufordern. Schäfers (Soz.) begründet diesen Antrag, der schon vor zwei Jahren vom Plenum des Reichstags angenommen worden sei. Der vom Verwaltungsrat des Genfer Amtes, in dem die deutsche Regierung vertreten sei, gebilligte Voranschlag schließt auch die Anerkennung der Ausgabenabstellung in sich und die Verpflichtung zur Zahlung der Umsätze. Das Finanzministerium habe es unterlassen, jeweils rechtzeitig die erforderlichen Devisen zur Abdeckung der Schuld zu kaufen. Bei der Umlage für 1923/25 rangiere das deutsche Reich in gleicher Stufe mit Kanada, Tschechoslowakei und Brasilien. Trotzdem sich das Arbeitsministerium mit dieser Einstufung einverstanden erklärt habe, sei im Jahre 1923 überhaupt nichts bezahlt worden, es habe sich vielmehr auf den Standpunkt gestellt, daß es nichts zahlen könne. Es habe lediglich einen sogenannten Anerkennungsbeitrag von je 4000 Reichsmark für 1923 und 1924 bezahlt. Deutschland rangiere damit nach unter Albanien, Rußland und Guatemala. Jetzt verhandle man mit dem Ziel einer Ermäßigung der Gesamtschuld. Das erscheine mit der vorgeschlagenen Höhe des deutschen Beitrags unvereinbar. Bei einem Beitragsüberschuß von 960 Millionen Reichsmark und angesichts der Geschenke an die Ruhrindustrie mache sich Deutschland lächerlich, wenn es behauptet, diese Summe nicht bezahlen zu können. Unvereinbar sei es mit der Würde des Reiches, etwa in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken des Austritts aus dem Internationalen Arbeitsamt zu spielen. Im Jahre 1922 habe das Amt für deutsche Beamte in Genf, für Veröffentlichungen, für die Rundschau der Arbeit, für das Berliner Zweigamt 169 813 Franken, im Jahre 1923 214 000 und 1924 213 000 Franken ausgegeben.

Minister Brauns stimmt dem ersten Teil des Antrags zu. Bei den Verhandlungen über die Abdeckung der rückständigen Schuld habe er den Standpunkt vertreten, die Hälfte zu bezahlen. Eine endgültige Regelung sei noch nicht getroffen. Die Würde des Reiches werde nicht verletzt, wenn es nicht die ganze Summe bezahle. Vorläufig sei zwar die Gleichberechtigung Deutschlands in Genf anerkannt, aber materiell lasse sie noch zu wünschen übrig. Die Zahl der deutschen Beamten sei gering, Deutschland habe keinen Abteilungsleiter und der Wunsch nach Zulassung der deutschen Sprache als Amtssprache sei immer noch erfüllt.

In der weiteren Debatte erklärt Cambady (Dnat.), seine Freunde würden jetzt den Antrag auf Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt nicht wieder aufnehmen, weil die ganze Frage im Zusammenhang mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund sowie neu aufgeworfen werden müsse. Rabner wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. Seine Partei werde den regulären Beitrag bewilligen, nicht aber die Bezahlung der rückständigen Beiträge.

Rüdel (Komm.) lehnt namens seiner Fraktion das Internationale Arbeitsamt grundlegend ab, weil durch dessen Existenz die Lage der Arbeiter nicht verbessert werde. (Rufe bei den Deutschnationalen Bundesbrüdern: Sehr richtig!)

Stegemann (Str.) erklärt sich für eine gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands am Internationalen Arbeitsamt, glaubt aber, daß der große Apparat bis jetzt nicht den entsprechenden Effekt gehabt habe. In der weiteren Debatte vertreten Deutschnationale, Zentrum und Deutsche Volkspartei die Auffassung, daß die volle Bezahlung des rückständigen Beitrags von der vorherigen Erfüllung der deutschen Forderungen auf völlige Gleichberechtigung abhängig gemacht werden soll, worauf der Abg. Hoch (Soz.) entgegnet, daß ein solcher kindischer Druck gerade die gegenteilige Wirkung haben werde. Bei der Abstimmung wird die Ziffer 1 des sozialdemokratischen Antrages angenommen, die Ziffer 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen ein Zentrumsantrag angenommen, der die Regierung ersucht, bei den Verhandlungen auf volle Gleichberechtigung Deutschlands hinzuwirken, insbesondere dafür zu sorgen, daß auch die deutsche Sprache als Amtssprache zugelassen werde und die Regierung in der Annahme des geforderten Entgegenkommens zu ermächtigen, die rückständigen Beiträge voll nachzuzahlen.

## Bei dem Kapitel:

### Sozialpolitik und Volkswirtschaft

regt Giebel (Soz.) die einheitliche Regelung des Arbeitsrechts an, fordert einen Schutz für ältere Angestellte gegen Kündigungen, sowie einen Schutz der Arbeitnehmervertreter in den Körperschaften der sozialen Versicherung usw., ähnlich dem Schutz gegen Entlassungen von Betriebsräten.

Minister Brauns erklärt dazu, das Ministerium könne nicht alles auf einmal machen, die dringlichsten Aufgaben seien jetzt die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsgerichtsrecht. Angenommen wird ein Antrag Hoch (Soz.) betr. das Wiedererschließen der Gewerbeaufsichtsberichte, ferner ein Antrag Bohm-Schuch (Soz.) auf Bortragung eines Gesetzentwurfs, der die Berufsausbildung, die Arbeitsbedingungen für Jugendliche und die Urlaubsansprüche der Belehren und jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren regelt.

Weiter wird angenommen ein sozialdemokratischer Antrag, der die Regierung zu möglichst bestmöglicher Bearbeitung der Vorarbeiten für eine Verordnung über Bauarbeiterbeschäftigung auffordert.

Die weitere Beratung schließt mit der Annahme folgender Anträge: 1. Antrag Thiel (DDB.) auf staatliche Erlassung der stellenlosen Angestellten nach Alter und Dauer der Erwerbstätigkeit und Einleitung von Maßnahmen zur Wäderung der Lage dieser Angestellten. 2. Ein Antrag des Zentrums, durch den die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge um 30 Millionen Mark erhöht werden. Weitergehende Anträge waren vorher abgelehnt worden.

## Die Rechte gegen Herriots Richtigstellung.

Paris, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die nachträgliche Auslegung, durch die Herriot den Eindruck seiner Rede vom Mittwoch abzuschwächen versucht hat, und die inzwischen bekanntgewordene Vorgeschichte dieser Richtigstellung haben die Rechte, die zunächst Herriot in den Tönen der höchsten Begeisterung jubelte und ihn für die Politik des Nationalen Blocks reklamiert hatte, erneut in die Opposition gegen die Regierung getrieben. Die reaktionäre Presse donnert bereits wieder mit den schwersten Beschimpfungen gegen Herriot, vor allem aber gegen die Sozialisten.

# Luther an Herriot.

## Mit Schielo-Reuhaus für Entwaffnung, Verständigung und gegen die Reaktion!

Vor dem Verein der ausländischen Presse hielt Reichstanzler Luther gestern abend die angekündigte Rede, die als Antwort auf die jüngste Rede Herriots gedacht ist. Er führte u. a. aus:

### Meine Damen und Herren!

Wir haben die Londoner Vereinbarungen niemals als ein Ereignis rein wirtschaftlicher und technischer Bedeutung angesehen. Wir haben vielmehr erwartet, daß mit der Konferenz eine neue Epoche eingeleitet sei, eine Epoche, in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleiches der Interessen gelöst werden würden.

Man dürfe hoffen, daß diese Entwicklung eine gute Auswirkung auf diejenigen politischen Probleme eröffnere, die sonst noch der Lösung harren. In dieser Hoffnung ist Deutschland mit dem Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden. Sie alle kennen den Verlauf und den Stand des ernststen Konfliktes, der wegen der Räumung der nördlichen Rheinlandzone entstanden ist. Die bisherige Behandlung dieses Konfliktes durch öffentlichen Notenwechsel, den die Alliierten eingeleitet haben und den die Reichsregierung notgedrungen hat aufnehmen müssen, ruft in Deutschland naturgemäß wieder die Erinnerung wach an die bedenkliche und fruchtlose Methode der ersten Nachkriegsjahre. Ich glaube, daß der Konflikt seiner Lösung schon viel näher gebracht wäre, wenn die alliierten Regierungen das Verfahren, das auf der Londoner Konferenz einen so sichtbaren Erfolg gezeigt hat,

### das Verfahren einer vertrauensvollen Aussprache,

auch jetzt angewandt hätten. Es läßt sich nicht verhehlen, daß in der im letzten Sommer angebahnten Entwicklung ein Rückschlag eingetreten ist, der haben und drüben die begonnene Beruhigung der Geister wieder gefährdet. Das ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der allgemeinen Weltfriede tief zu bedauern.

Die Alliierten beschuldigen Deutschland des Vertragsbruchs und ziehen daraus Folgerungen von größter Tragweite. Ich muß immer und immer wieder darauf hinweisen, was es bedeutet, wenn man einen Vertragsbruch behauptet, wenn man damit Sanktionsmaßnahmen begründet, wenn man es aber nicht einmal für notwendig hält, dem betroffenen Lande durch Substantiierung der Beschuldigung die Möglichkeit der Verteidigung wie auch die Möglichkeit der sachlichen Auseinandersetzung zu geben. Gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor wenigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstische gelöst haben, mit dem sie auch jetzt gewisse andere Fragen auf dem allein richtigen Wege sachlicher Verhandlung erörtern, nehmen die Alliierten in einer Frage von so vitaler politischer Bedeutung, wie es die Frage der Räumung der Kölner Zone ist, das Recht für sich in Anspruch, dieses Land gleichsam vom Richterische aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihm sogar nach gefälltem Urteilspruch noch in Unkenntnis des einzelnen Anklage- und Beweismaterials zu halten.

Die vorgestrichene Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten versucht allerdings, den gegen Deutschland erhobenen Vorwürfen etwas mehr Substanz zu geben, als dies die vogen Kapitelüberschriften in der ersten alliierten Note taten. Herr Herriot macht uns Vorwürfe, daß wir durch die

### Ausbildung von Freiwilligen

Reservetruppen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigten, wirklich einige tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, (Wenn der „Vorwärts“ so etwas schreiben würde, dann hätte er sofort eine Landesparlamentarische Kommission zu ernennen!) Wir sind gespannt, ob Herr Clemenceau gegen Herrn Luther entsprechend vorgehen wird. Red. d. „B.“, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, daß es in ganz Deutschland die modernen Kampfmittel, die für die Kriegsführung allein ausschlagend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Was bedeutet es, wenn nach einer Entwaffnungsaktion von so riesenhaftem Ausmaß hier und da geringe Bestände an altem Kriegsmaterial oder an überzähligen Ausrüstungsgegenständen gefunden worden sind? Sie brauchen, um das Verhältnis zwischen unseren Leistungen und den etwaigen Rückschritten zu erkennen, nur die Zahlen zu vergleichen, die Herr Herriot selbst in seiner Rede anführt, wobei ich mich auf Angaben und besondere Zahlen, die ich noch nicht habe nachprüfen können, nicht festlegen möchte. Der Herr französische Ministerpräsident sagt, daß mehr als 33 000 Kanonen, 23 000 Geschütze, 11 000 Minenwerfer, mehr als 4 1/2 Millionen Minenwerfergeschosse, mehr als 87 000 Maschinengewehre, 4 1/2 Millionen Gewehre, mehr als 400 Millionen Kartuschen und ungefähr 10 Millionen Handgranaten zerstört worden seien. Demgegenüber fallen doch die von ihm erwähnten Funde von 100 000 Stahlfäden für Gewehrläufe, 17 000 Stahlfäden für Maschinengewehrläufe, 10 000 Pistolenläufe und 100 Wertgegenstände wirklich nicht ins Gewicht. Kein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, derartigen Dingen irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen.

Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, Verträge in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst in ihrer Kenntnis gelangen, zu befeitigen. (Bravo Schielo Schnell umgekehrt! Red. d. „B.“)

Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht, in den die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als 1800 Besuchen zusammengefaßt hat, und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konfliktes zu geben.

### Eine besondere Behandlung erfordert die Postfrage.

auf die der französische Herr Ministerpräsident großes Gewicht zu legen scheint. Sie, meine Damen und Herren, kennen die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung. Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, daß wir nach unserer ganzen inneren Lage auf eine Postzeit, die straffer als unsere Postzeit vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten können. Ich brauche zur Begründung nur auf die kommunistische Bewegung hinzuweisen, die auch anderen Ländern zu schaffen macht, ohne daß ich damit ein Schreckgespenst an die Wand malen will. Solange die innere Konsolidierung Deutschlands fortschreitet, bedeutet der Kommunismus uns keine unmittelbare Gefahr. Sollte es aber, namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht, wieder zu trübenhaften Zuständen kommen, so würde sich das Bild schnell ändern. Der Kommunismus würde dann die Stunde für den in seinem Programm stehenden Entscheidungsskampf gekommen sehen. Die deutsche Reichswehr ist infolge ihrer starken Dislozierung sehr wenig geeignet, dieser Gefahr zu begegnen. Wir bedürfen dazu einer Postzeit, die instand ist, ohne jede Verzögerung in Aktion zu treten. Im übrigen sind das alles organisatorische Einzelfragen, über die meiner Ansicht nach bei vorurteilsfreier Behandlung unschwer eine Verständigung herbeigeführt werden könnte. Die Verbündeten, die Amerikaner, so hat der französische Herr Ministerpräsident vorgestern ausgeführt, sollen wissen, daß Frankreich nicht ruhig sein kann, solange von Deutschland dieses Waffengeklirr herüberhallt! Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um alles in der Welt, zu hören Sie in Deutschland ein solches Waffengeklirr? (Antwort: In der deutschen Presse und auf den deutschnationalen und vaterländischen Tagungen. Red. d. „B.“) Es klingt fast wie Hohn, wenn solche Worte über ein Land gefolgt werden, in dem es keine staatlichen Rüstungsbetriebe

gibt, dessen geringfügige Truppe weder schwere Artillerie noch Flieger noch Tanks besitzt, dessen Festungen geschleift oder völlig unmodern sind, und von dessen Gebiet man 55 000 Quadratkilometer einseitig zugunsten seiner Nachbarn demilitarisiert hat. Ich frage Herrn Herriot, ob er wirklich im Ernste der Ansicht ist, daß die von ihm angeführten Einzelheiten auch nur im entferntesten als ein Beweis für eine Bedrohung der Sicherheit Frankreichs angesehen werden könnten. Ich frage ihn, ob er nicht vielmehr der Ansicht ist, die in letzter Zeit von namhaften Organen der ausländischen, auch der französischen Presse zum Ausdruck gebracht wurde, der Ansicht, daß von irgendwelchen Angriffsmöglichkeiten in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein kann. Er wird mir vielleicht erwidern, daß es weniger auf den löchlichen Umfang der beanstandeten einzelnen Entwaffnungsgegenstände als auf den Geist ankomme, der sich in ihnen offenbare. Ich bin mit ihm einig darüber, daß wichtiger als die Zahl der Waffen und Munition die moralische Abrüstung ist. Nun glaube ich allerdings nicht, daß ein Mangel an moralischer Abrüstung aus irgendwelchen militärischen Dienstinstruktionen gefolgert werden kann, wie Herr Herriot sie zitiert hat. Der Kasernenbesuch ist keine Sonntagsschule, und der Zweck militärischer Instruktionen kann niemals ein anderer sein als die Ausbildung der Truppen für militärische Zwecke. Das hat mit Angriffsabsichten nicht das geringste zu tun. Jedenfalls erscheint mir die moralische Abrüstung undenkbar, wenn man diesem Volke noch den ersten Anzeichen der Entspannung sofort wieder mit diktatorischen Befehlen zusetzt und ihm die erste wesentliche Erleichterung, die der Versäiler Vertrag zu seinen Gunsten bestimmt, nämlich die Einschränkung der militärischen Okkupation, durch einseitigen Beschluß verweigert. Versteht man internationale Fragen jahrelang durch militärischen Druck statt durch friedliche Auseinandersetzung zu regeln, dann kann man sich nicht wundern, daß in dem betroffenen Lande mancher nicht mehr an den Schick des Rechtes, sondern nur noch an die Macht glauben mag.

Ich hoffe doch, daß mancher, der die Rede des Herrn französischen Ministerpräsidenten ohne Vorbehalten gelesen hat, sich fragen wird: Können die Alliierten nur diese Einzelheiten zur Begründung der Nichträumung der Kölner Zone anführen? Und ich knüpfe hieran die weitere Frage an Herrn Herriot: Ist er entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Befreiung der Rheinlande etwa nachgewiesenen Verträge in der Abrüstung sichergestellt ist? Eine klare Antwort auf diese Frage finde ich in seiner Rede nicht. Es ist zum mindesten doppeldeutig, wenn er sagt, daß die französischen Truppen am Rhein die wichtigste und vielleicht sogar die letzte Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs seien. Diese Doppeldeutigkeit wird auch nicht durch die Erläuterung beseitigt, die Herr Herriot jener Stelle seiner Rede gestern gegeben hat durch die Worte, seine Haltung sei nicht durch den Wunsch diktiert für unbestimmte Zeit am Rhein zu bleiben. Sie werden es begreiflich finden, daß meine Kreise in Deutschland die alliierte Begründung der Nichträumung nur als Vorwand ansehen und andere Motive dahinter vermuten.

Weiter bestritt nochmals der Reichstanzler die Behauptung, daß die Reichsregierung eine Kompromißmöglichkeit verfaßt hätte. Sie sei zu einem solchen Kompromiß jederzeit bereit. Herr Herriot hat bei seinen Ausführungen den Gedanken einer Weltkonvention in den Vordergrund gestellt, wie sie durch das bekannte Genfer Protokoll vom Herbst vorigen Jahres angestrebt wird. Eine solche alle Staaten umfassende Weltkonvention scheint auch mir das Endziel zu sein. Ob es praktisch möglich ist, dieses Endziel jetzt unmittelbar zu erreichen, ist wohl noch ungewiß. Herr Herriot selbst hat betont, daß es den Nationen möglich sei, sich gegenseitig härter umrissene Sicherheitsgarantien zu geben. Wenn er dabei daran denkt, das Endziel einer Weltkonvention durch Abmachungen zwischen einer Gruppe von Staaten vorzubereiten und damit das Problem zunächst für die Hälfte zu lösen, in denen es als unmittelbar akut empfunden wird, so ist die Reichsregierung durchaus bereit, hieran positiv mitzuarbeiten.

Manche Wendungen in der Rede des französischen Ministerpräsidenten, bei denen er nicht im Zweifel darüber sein konnte, daß sie das Empfinden des deutschen Volkes verletzen, sind nicht geeignet jene Voraussetzungen zu erleichtern. Ich will nur auf zwei Punkte hinweisen. Die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklage überzeugt, das deutsche Volk (vom deutschen Volk ist dies niemals von den Alliierten behauptet worden. Red. d. „B.“) habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entzündet.

Der zweite Punkt ist der, daß es mir für das Zusammenleben der Völker nicht förderlich erscheint, wenn versucht wird, innenpolitische Gegensätze anderer Länder für die Auseinandersetzung über außenpolitische Probleme zu verwerten. Ich hoffe, daß die französische Regierung, die nach den Worten ihres Leiters die innere Politik ihrer Alliierten uneingeschränkt respektieren will, diesen selbstverständlichen Grundgedanken Deutschland gegenüber nicht außer Acht läßt. Davon abgesehen, möchte ich in diesem Zusammenhang aber die Frage stellen, welchen Anlaß denn das Ausland hat, von der Regierung Luther irgendwelche reaktionäre Politik zu befürchten. (III) Es ist gerade mein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundlage im Parlament besitzt und dadurch den parlamentarischen-demokratischen Gedanken in möglichst weitem Umfange verwirklicht. (II) Man hat der Sorge Ausdruck gegeben, wie sich die Außenpolitik der Regierung Luther gestalten werde. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, meine beiden Reichstagsreden nachzulesen, die auch über diesen entscheidenden Punkt klare und eindeutige Aussagen geben, die insbesondere feststellen, daß die Londoner Vereinbarungen für uns bindendes Recht sind. In der Regierungserklärung heißt es: „Die Richtung der Außenpolitik im einzelnen wird auch für die neue Reichsregierung in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt.“ Diese Erklärung bleibt für die Reichsregierung in Abgebend.

Nebenbei darf ich bemerken, daß der Reichstanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, mit einer Verkürzung des außenpolitischen Kurzes geradezu ein Wort zerstören würde, an dessen Zustandekommen er in London und Berlin mit allen Kräften mitgearbeitet hat.

Der französische Herr Ministerpräsident hat seine ganze Politik vorgestern zusammengefaßt in die drei Worte: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Dieses Programm kann ich für Deutschland akzeptieren. Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht den wertvollsten Teil der Londoner Vereinbarungen darstellt, im internationalen Leben immer allgemeiner zur Geltung kommt. Sie will, wie ich schon betonte, mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Hinsichtlich der Abrüstung hat sie eine gewollte Vorleistung bewirkt und kann nur hoffen, daß der im Versäiler Vertrag angegebene Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Abrüstung, bald in die Tat umgesetzt wird.

(Die Regierung Luther, die seit drei Wochen am Ruder ist, hat gar nichts bewirkt, sondern diejenigen, die sich schon vor Jahren für jene Erfüllungspolitik eingesetzt haben, die bis vor drei Wochen von den Deutschnationalen als „Recht am Feindbund“ beschimpft wurden. Erzberger und Rathenau sind wegen dieser Politik gemuschelt worden, nachdem sie von denen zu Tode gehetzt wurden, die heute das Rückgrat der Auhers-Koalition bilden. Red. d. „B.“)

# Gewerkschaftsbewegung

## Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Der „Klassenkampf“ in Halle hatte einen Artikel darüber gebracht, wie die Kommunisten in den Ortsverwaltungen arbeiten müssen. Die Bezirksleitung der SPD. war mit diesem Artikel nicht einverstanden, da er eine Reihe von fehlerhaften Auffassungen und Unebenheiten enthalte. Sie hielt eine Klarstellung unbedingt für erforderlich und gab sie in einem weiteren Artikel mit der Überschrift: „Grundsätze und Praxis der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit“. Die ersten Sätze dieses Artikels aus dem Pol.-Bureau der SPD., Bezirk-Halle-Merseburg, lauten wörtlich:

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit ist kommunistische Parteiarbeit. Der kommunistische Gewerkschafter hat in seiner gewerkschaftlichen Organisation lediglich Aufträge der Kommunistischen Partei, d. h. des revolutionären Zentrums der Arbeiterbewegung durchzuführen.

Erläuternd wird hierzu bemerkt, daß die Kommunisten eine Trennung der Arbeiterbewegung in verschiedene von einander unabhängige Zweige, wie politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung nicht anerkennen, sondern „nur eine einheitliche Arbeiterbewegung, die ideologisch gespeist wird durch die kommunistische Partei“. Das heißt für ein selbständige, unabhängige Gewerkschaftsbewegung ist neben dieser Partei kein Namen.

Die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder halte es heute noch mit der Taktik und den Methoden der reformistischen Gewerkschaftsarbeit und sei unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dem Klassenkampfstandpunkt — das heißt dem aus Moskau importierten Klassenkampfstandpunkt — vollkommen entfremdet. Das gewerkschaftliche Ziel sei, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder in die kommunistische Front einzureihen, das politische Ziel:

„Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie in alle dagewesenen Ausmaße innerhalb der Gewerkschaften zum Zwecke der Schaffung einer breiten roten Kampffront unter Führung der Kommunisten“.

Die Gewerkschaftsmitglieder seien von den Reformisten abzuziehen und unter den Einfluß der kommunistischen Partei zu bringen. Die Schlüsselfrage geben wir wörtlich wieder, damit unsere Gewerkschaftsmitglieder von der Offenheit profitieren, mit der die kommunistischen Gewerkschaftsführer ihre Taktik ausposaunen:

„Es genügt jedoch bei weitem nicht, nur propagandistisch die Gewerkschaftsmassen auf die großen Linien unserer Aufgaben hinzuweisen. Wir haben die Pflicht, allen, auch den kleinsten Fragen, die in den Ortsverwaltungen behandelt werden, das größte Augenmerk zu schenken. Keine Gewerkschaftsarbeit ist zu klein und winzig, daß sie nicht von Kommunisten sorgfältig erledigt werden sollte. Ob es arbeitsrechtliche Fragen, Rechtsauskunft, Lohnfragen, Arbeitszeitfragen, Unterfügungsfragen sind, nichts wird Sozialdemokraten zur Erledigung überlassen!“

Kommunistische Gewerkschafter müssen gerade in solchen „kleinen“ Dingen den parteilosen Gewerkschaftsmassen beweisen, daß sie genau so gut und besser die Interessen der Arbeiterschaft vertreten als die Reformisten. Und immer wieder ist die Verbindung zwischen den kleinsten Gewerkschaftsmitgliedern und unseren großen Zielen der revolutionären Machteroberung herzustellen. Wenn jeder kommunistische Gewerkschafter diese Arbeit musterhaft leistet, werden wir die Sozialdemokratie unter der Arbeiterschaft erledigen können. Die Partei zerfällt jetzt parlamentarisch bei Stützen der SPD. in den Regierungsteilen; die Partei genossen in den Gewerkschaften (und Betrieben) müssen die Stützen der SPD. in den Massen zerlösen.“

Zerlösen — das ist das einzige, was die Kommunisten leisten können, soweit sie nicht daran gehindert werden. Der systematischen Gewerkschaftszerstörung, wie sie diese Einheitsfrontschriller planen, deren Existenz an sich schon eine Störung der Einheitsfront ist, muß energigegnet beegnet werden.

## Das Ueberzeitabkommen im Bergbau.

### Die Erneuerungsverhandlungen sind gescheitert.

Esna, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband teilt mit: Am Freitag, den 30. Januar, fanden in Esna zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Gewerkschaften Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeit im Ruhrbergbau statt. Die Unternehmer forderten, ab 1. März das jetzt geltende Mehrarbeitsabkommen um ein Jahr zu verlängern mit der Maßgabe, daß für die südlichen Randzechen und eine weitere Anzahl noch näher zu bestimmender Zechen eine Arbeitszeit unter Tage von 8 1/2 Stunden gelten soll. Außerdem beantragten die Unternehmer, daß für die verkürzte Sonnabendsschicht, die bisher voll bezahlt werden mußte, nur noch acht Zehntel bis neun Zehntel des Schichtlohnes gezahlt werden sollen. Weiter wurde von den Zechenbesitzern eine Abänderung der Par. 3 des bisherigen Abkommens über Beibehaltung der verkürzten Vortrags-Arbeitszeit beantragt. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich bereit, den wirtschaftspolitischen Erfordernissen gerecht zu werden. Sie machten den Vorschlag, über Tage die Achtstundenschicht einzuführen und einer

sich eventuell notwendig machenden Mehrarbeit unter Tage durch eine halbstündige Ueberarbeit auf die siebenstündige Schichtzeit mit einer Bezahlung von 25 Proz. für dieselbe Rechnung zu tragen. Trotzdem hielten die Unternehmervertreter an ihren sehr weitgehenden Forderungen rüchellos fest. Die Vertreter der Gewerkschaften wandten sich mit allem Nachdruck gegen die völlig tendenziöse Darstellung der Wirtschaftslage im Bergbau durch die Unternehmer. Das von den Zechenvertretern vorgebrachte Zahlenmaterial zeigte sich zum größten Teil als völlig haltlos. Da die Verhandlungen infolge der sehr auseinandergehenden Auffassungen beider Parteien zu keiner Verständigung führen konnten, wurde von den Unternehmern der Schlichter zur Erledigung dieser Streitfrage angerufen. Der Schlichter legte die Schlichtergeschäftsverhandlungen auf Donnerstag, den 5. Februar fest.

## Internationale Konferenz der Hüttenarbeiter.

### Für den Achtstundentag.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ würdigt in ihrer heutigen Ausgabe die Schutzbestimmung für die Hüttenarbeiter gemäß § 7 der Arbeitszeitverordnung. Die vom neuen Reichskabinett beschlossene Maßnahme sei sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes ihrer Verwirklichung wie auch bezüglich ihres Umfanges zu beanstanden. Durch die unnotierte Verschiebung des Geltungstermins vom 1. März auf den 1. April werde der Agitation der Unternehmer gegen die Verordnung Zeit und Gelegenheit zur Entfaltung gegeben.

In sachlicher Hinsicht ist die beschlossene Maßnahme eine Halbheit. Ihr liegt keine große Idee und kein herzhafter Entschluß zugrunde. ... Noch nicht einmal allen erhöht schutzbedürftigen Arbeitern soll die Wohlthat des achtstündigen Arbeitstages zugute kommen, sondern vorerst nur den Hochofen- und Kokserearbeitern. Warum dieser Schutz den unter den gleichen Verhältnissen schaffenden Stahl- und Walzwerkearbeitern sowie den schutzbedürftigen Arbeitern anderer Industrien vorenthalten wird, ist unverständlich.

Der Reichsarbeitsminister selber hatte in einem Verzeichnis vom 23. Juni 1924 den gleichen Schutz auch für die Arbeiter der Stahl-, Holz- und Blechwerke sowie für die Arbeiter der Blei-, Kupfer- und Zinkhütten vorgegeben.

Wir betrachten die Einführung der dreigeteilten Schicht für die Hochofen- und Kokserearbeiter als einen ersten, wenn auch mäßigen Erfolg, als eine Abschlagszahlung, der weitere bald folgen müssen.

An der Geltung der Arbeitszeit in Deutschland nehmen auch die ausländischen Organisationen der Hütten- und Metallarbeiter lebhaften Anteil. Sie werden auf der

## Internationalen Konferenz der Hüttenarbeiter

am 1. und 2. März in Köln dazu Stellung nehmen.

Was an den ausländischen Kollegen liegt, werden sie tun, um die Wiedereinführung des Achtstundentages in Deutschland zu fördern. Sie tun das, weil sie wissen, daß der Zwölfstundentag in der deutschen Schwerindustrie eine Drangsal für die deutschen Kollegen eine ständige Gefahr für den Achtstundentag im Auslande, eine Schmach für die Kultur der ganzen Welt ist.“

## Die Eisenbahner kündigen den Tarifvertrag.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat am Freitag in einer Sitzung, zu der auch die Bezirksleiter hinzugezogen worden waren, beschlossen, die Lohn- und Arbeitszeitparagrafen des Tarifvertrages ab 1. Februar zum 28. Februar zu kündigen.

Durch Vorberhandlungen ist bereits festgestellt, daß auch die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband sich dem Kündigungsbeschlusse anschließen werden.

## Die Menschenlebe pommerischer Janker.

DDA. Die pommerische Arbeiterpresse brachte vor einigen Tagen aufsehenerregende Mitteilungen über menschenunwürdige Behandlung polnischer Wanderarbeiter durch pommerische Janker. Die Mitteilungen, auf eine kurze Formel gebracht, besagen folgendes:

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Öffentlichkeit in Pommern mit der Frage der polnischen Wanderarbeiter. Bürgerliche Zeitungen sprechen sogar von einer „nationalen Gefahr“ und einer „Landplage“, hervorgerufen durch die Ueberschwemmung der Dörfer und Städte mit polnischen Arbeiterfamilien. Tatsache ist, daß sich viele Gemeinden und auch Städte vor die Frage gestellt sehen, wo und wie sie die überall sich als obdachlos meldenden Polen unterbringen sollen. In Stralsund sind bei einer Razzia auf Strohmieten und in Feldscheunen eine ganze Anzahl polnischer Schnitter und sogar ganze Familien mit Säuglingen aufgejagt worden, die so eine Unterkunft suchten. In Stettin ist kurz vor Weihnachten die Zahl der Obdachlosen ganz bedeutend gestiegen. Auch hier sind mehrere hundert polnische Wanderarbeiter, oft mit Weib und Kindern, darunter. Wie verlautet, haben sich pommerische Städte wegen dieser polnischen „Annoßen“ bereits mit einer Beschwerde an den Deutschen Städtetag gewandt. Die Gründe für dieses massenhafte Auftreten arbeitsloser Polen liegen in dem Verhalten der pommerischen Janker. In einem Polizeibericht von Stralsund wird ausdrücklich erwähnt, daß zahlreiche Polen, die während des vergangenen Jahres als Schnitter auf den Gütern beschäftigt waren, vor Weihnachten entlassen worden sind. Die Herren Agrarier kümmern sich nicht darum, was mit diesen polnischen Arbeitern geschieht, wenn sie keine Arbeit mehr finden und dann den Gemeinden zur Last fallen. Zahlreiche strafbare Handlungen aus der letzten Zeit, wobei polnische Erntearbeiter genannt wurden, sind zweifellos auf die elende Lage dieser Arbeiter zurückzuführen. Das sind erschütternde Mitteilungen. Es wird Sache der zu-

kündigen Behörden sein müssen, sich unverzüglich näher darzulegen zu befähigen und zu überlegen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um dieses Spiel mit Menschenfischfäden, das im übrigen ein bezeichnendes Bild auf das soziale Gewissen der Janker wirft, zu unterbinden. Wie wir nicht wollen, daß man unsere Landsleute im Ausland unmenschenähnlich behandelt, können die ausländischen Arbeiter verlangen, daß ihnen auch bei uns jeder nur mögliche Schutz zuteil wird.

## Deutschland im Internationalen Arbeitsamt.

Berlin, 30. Januar. (ZL.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der verlangt, daß die Reichsregierung auf volle Gleichberechtigung innerhalb des internationalen Arbeitsamtes mit allen Kräften hinwirken möge, daß insbesondere auch die deutsche Sprache als Amtssprache zugelassen werde. Der rüchständige Anteil Deutschlands an den Unterhaltungskosten des Arbeitsamtes könne bei Annahme des geforderten Entgegenkommens bis zur völligen Höhe nachgezahlt werden. Der Anteil für 1925 wurde auf sozialdemokratischen Antrag auf 219 000 M. festgesetzt.

## Feststellung der Arbeitsmarktverhältnisse.

Berlin, 30. Januar. (ZL.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, der die Regierung ersucht, mit Rücksicht auf die katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eine Erhebung zu veranlassen, aus der die Zahl der Stellungslosen Angestellten, gegliedert nach Geschlecht, Lebensdauer, Berufsklasse, Familienstand und Stellenlosigkeit, zu ersehen ist und zu erwägen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die berufliche Existenz, insbesondere der älteren Angestellten, zu sichern.

## Der Christliche Metallarbeiterverband im Saargebiet.

Saarbrücken, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Christliche Metallarbeiterverband des Saargebietes hat sich der Streikparole der freien Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften für die Fertigungsindustrie des Saargebietes nicht angeschlossen. Er hat seine Mitglieder aufgefordert, weiterzuarbeiten. Dieser Streikbruchbeschlusse der christlichen Verbandsleitung hat bei der Metallarbeiterchaft des Saargebietes große Erregung ausgelöst. Mehr als 50 Proz. der christlichen Metallarbeiter streifen trotz des Beschlusses ihres Verbandes mit ihren Kollegen von den freien und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften.

Daß sich diese Solidaritätsverweigerung im Saargebiet ereignet, ist um so bedauerlicher. Die christlich organisierten Metallarbeiter haben die 10 Proz. Lohnerhöhung ebenso nötig wie alle übrigen.

## Der Internationale Vergarbeitersekretär.

Aus London meldet W.D.: Laut „Daily News“ wird erwartet, daß der ehemalige Sekretär des britischen Vergarbeiterverbandes Frank Hodges nächste Woche in Hannover zum ersten belobeten Sekretär des Internationalen Vergarbeiterverbandes vorgeschlagen werden wird.

## Die belgischen Gewerkschaften zur Einheitsfront.

(SOB.) Eine Konferenz des Nationalrates des Belgischen Gewerkschaftsbundes am 20. Januar befaßte sich u. a. mit der Frage der internationalen Einheit. Nach eingehender Diskussion und Unterbreitung eines ausführlichen Berichtes von Merens über die Verhandlungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Russen wurde mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz hat den Bericht über die zwischen dem Vorstand des SOB. und dem Russischen Gewerkschaftsrat gepflogenen Unterhandlungen zur Kenntnis genommen und bedauert, daß sich die russischen Gewerkschaften dem SOB. immer noch nicht angeschlossen haben, weil sie nicht bereit sind, die von den autorisierten Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der Welt anerkannten Statuten anzunehmen.“

Die Konferenz fordert den Vorstand des SOB. auf, soweit es mit der Würde des SOB. vereinbar ist, die Unterhandlungen mit den Russen an die internationale Gewerkschaftsbewegung auf Grund der Anerkennung der Statuten unserer Internationale fortzuführen.“

## Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Die Nr. 7 der Betriebszeitung „Der Kämpfer“ ist erschienen und liefert vom Betriebsvertrauensmann, Einbetr. 3, 2. Hof, 3. Et. in Coppenau zu nehmen. Besondere die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe werden ersucht, das Material abzuholen. Versäumnis wird bestraft!

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatenau; Gewerkschaftsbewegung: A. Gierler; Redaktion: A. G. Schäfer; Layout und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glade, sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Berlin-Anstalt; Paul Singer u. Co., Berlin SW 46, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



## Wenn Sie wüßten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“

los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. — Seit 20 Jahren bewährt. — In Drogerien und Apotheken zu haben. Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring

## Musikaufträge

Übergibt man nur dem Redakteur des Deutschen Musiker-Verbandes. Dieser Redakteur befindet sich jetzt Berlin O. 27, Andreestraße 21. Fernsprecher: Köpenick 4310. Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

# WEISSE WOCHEN

## Heute Vorverkauf

Verlangen Sie unseren Spezialkatalog der Weissen Woche

# MERMANNTIETZ

Darf der Vermieter kündigen?

Die Tatsache, daß in der letzten Zeit wieder viele Hauswirte die Kündigungsparagrafen heranziehen, um ihnen unangenehme Mieter loszuwerden, hat in weitesten Mieterkreisen große Beunruhigung erregt. Bis kurz nach Ausbruch des Weltkrieges (genau bis zum 4. August 1914) galt für alle Mietverhältnisse das Mietrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches (§§ 535-580), das in seinen Grundzügen zwar sozial gestaltet ist, aber durch die starke Betonung des Grundgesetzes der „Vertragsfreiheit“ dazu führte, daß der privatrechtliche Hausbesitz seine Monopolstellung rücksichtslos zur Annebelung der Mieter durch einseitige Formular-Mietverträge ausnützte und die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Mietvertrag praktisch außer Kraft setzte. Dem freien Kündigungsrecht des Vermieters machte die Kriegsnotgesetzgebung zunächst für die Familien der Kriegsteilnehmer und im Laufe der Jahre für alle Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen ein Ende. Die Mieteinigungsämter wurden als Kontroll- und Entscheidungsstellen für die Zulässigkeit von Kündigungen eingesetzt und haben, von Hausbesitzern und Mietern häufig wegen ihrer Rechtsprechung angegriffen, im großen und ganzen ihre Aufgaben recht und sachlich erfüllt — trotz zahlreicher Fehlentscheidungen, die darauf beruhten, daß sich die Stimme des Mieters im „Kollegium“ gegen die Stimme des Hausbesitzers aufhob, so daß die Entscheidung in Wirklichkeit beim Vorsitzenden allein lag. Der Wirrwarr in der „Spruchpraxis“ zwang aber dazu, für die Rechtsprechung in Kündigungsachen feste Richtlinien zu finden, um der mehr oder minder willkürlichen Anwendung der Notgesetze ein Ende zu machen. Nach jahrelangen Kämpfen und unter entscheidender Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei kam im Reichstage das Gesetz über Mieterchutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 (RGBl. S. 353) zustande, das dem Vermieter das freie Kündigungsrecht entzog.

Der Kündigungsprozess.

Seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, das noch viel zu wenig bekannt ist, kann der Vermieter die Beendigung des Mietverhältnisses (d. h. die Räumung der Wohnung oder des Geschäftsräumens) gegen den Willen des Mieters nur noch im Wege der Mietaufhebungsklage beim ordentlichen Gericht durchzuführen. Das Mieteinigungsamt wirkt bei diesem Verfahren nicht mehr mit; es tritt nur noch als Bescheideneinstanz über das Wohnungsamt bei der Zuweisung eines Ersatzraumes oder als Instanz für den Abschluß eines Zwangsmietvertrages in Tätigkeit. Will der Vermieter einen ihm „lästigen“ Mieter loswerden, so muß er also, wenn dieser nicht aus irgendwelchen besonderen Gründen freiwillig räumt, einen Prozess gegen den Mieter beim ordentlichen Gericht anstrengen. Dieses Gericht ist (wie das Mieteinigungsamt) mit Beisitzern aus den Kreisen der Vermieter und Mieter besetzt, die vom Ausschuss für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen aus den von den Vermieter- und Mieterorganisationen einzureichenden Vorschlagslisten ausgewählt werden. Das Gericht ist bei seiner Entscheidung an die im Mieterschutzgesetz angegebenen Voraussetzungen gebunden; es darf nicht nach Willkür oder freiem Ermessen gegen den Mieter entscheiden. Die gesetzlichen Aufhebungsgründe, d. h. die Fälle, in denen gegen den Mieter entschieden werden muß, sind in den §§ 2-4 des Mieterschutzgesetzes angeführt. Danach kann die Aufhebung des Mietverhältnisses erfolgen:

- a) wegen Verschuldens des Mieters (§ 2),
b) wegen Nichtzahlung des Mietzinses (§ 3),
c) wegen Eigenbedarfs des Vermieters (§ 4).

Das Gericht hat also im Prozess zu prüfen, ob eine dieser Voraussetzungen vorliegt, und muß zutreffendenfalls das Mietverhältnis aufheben; es kann aber die Räumung von der vorherigen Bereitstellung eines Ersatzraumes abhängig machen. Liegen nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Aufhebung des Mietverhältnisses nicht vor, so muß das Gericht die

Klage abweisen. Gegen das Urteil des Amtsgerichts (Mieterschöffengerichts) kann der Vermieter wie der Mieter Berufung an das Landgericht (ev. mit Hilfe eines Armenanwalts) einlegen und dieses muß alsdann den Tatbestand nachprüfen.

Verschulden des Mieters

Im Sinne des § 2 des Mieterschutzgesetzes liegt dann vor, wenn der Mieter oder eine Person seines Hausstandes oder Geschäftsbetriebes oder sein Untermieter

- a) sich einer erheblichen Befähigung des Vermieters oder eines Hausbewohners schuldig macht oder
b) durch unangemessenen Gebrauch des Mietraumes oder Vernachlässigung der erforderlichen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude erheblich gefährdet oder wenn der Mieter
c) einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes befähigt, obwohl er zur Überlassung nicht befugt ist (unberechtigte Untervermietung).



Um die Miete zahlen zu können!

Die angemessene Wohnnehmung der Befugnisse eines Mietervertreters ist nicht als Befähigung anzusehen. Die Aufhebung des Mietverhältnisses ist aber, selbst wenn dem Vermieter der Beweis gelungen ist, nur dann zulässig, wenn der Mieter ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters sein mietschädliches Verhalten fortsetzt, oder es unterläßt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen (wenn also Böswilligkeit vorliegt) oder wenn das Verhalten des Mieters oder der Person seines Hausstandes oder seines Geschäftsbetriebes derart war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann (z. B. in Fällen schwerer Belästigung oder von Körperverletzung). Trotz des Vorliegens solcher gesetzlichen Aufhebungsgründe darf aber das Gericht das Mietverhältnis nicht aufheben, wenn der Vermieter oder eine Person seines Hausstandes die erhebliche Befähigung durch eigenes Verschulden veranlaßt hat (wenn also die Belästigungen oder die Körperverletzung durch provozierendes Verhalten hervorgerufen sind). Zur Vermeidung schättschwerer Aufhebungsfolgen hat aber das Gesetz bestimmte Verjährungsfristen für das Verschulden des Mieters und der Personen, für die er verantwortlich ist, vorgeschrieben. Der Vermieter muß nämlich die Aufhebungsklage binnen sechs Mo-

naten von dem Zeitpunkt an erheben, in dem er von dem Aufhebungsgründe Kenntnis erlangt hat. Die Klage ist ausgeschlossen, wenn seit dem Entstehen des Aufhebungsgrundes (d. h. seit dem Tage, an dem sich der Vorfall ereignet hat) ein Jahr verstrichen ist. Solche „verjährten“ Verletzungen des Mieters kann der Vermieter niemals zum Grund der Aufhebungsklage machen; er kann sie nur bei einem neuen Aufhebungsgrund zur Unterstüfung seiner Klage heranziehen, indem er damit das Verhalten des Mieters kennzeichnet. Der Mieter kann sich also in den meisten Fällen vor einer Aufhebungsklage aus § 2 des Mieterschutzgesetzes (eigenes Verschulden) schützen. Vermietet er einen Teil der Mieträume weiter, ohne daß der Vermieter dies genehmigt, so kann er nach § 29 des Mieterschutzgesetzes die fehlende Genehmigung des Vermieters durch das Mieteinigungsamt ersehen lassen. Verlegt aber auch das Mieteinigungsamt die Genehmigung zur Untervermietung (das darf nur geschehen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt), so muß der Mieter dem Untermieter kündigen (wenn es sich um möblierte Räume handelt) oder gegen den Untermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen (bei leer vermieteten Räumen); tut er das nicht, so legt er sich der Mietaufhebungsklage seines Vermieters aus.

Nichtzahlung des Mietzinses

Ist der weitaus häufigste Grund für Mietaufhebungsklagen. Bei monatlicher Mietzinszahlung, die jetzt fast allgemein eingeführt ist, kann der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter mit zwei vollen Monatsbeträgen rückständig ist. Solche Rückstände müssen also nach Möglichkeit vermieden werden. Wenn sie sich nicht vermeiden, so rufe man zeitigen das Wohnungsausschussamt um Hilfe an, um der Aufhebungsklage vorzubeugen. Zahlt der Mieter, während der Prozess noch beim Amtsgericht oder beim Landgericht schwebt, so darf zwar das Gericht nicht mehr das Mietverhältnis aufheben; der Mieter muß aber die Kosten des Prozesses tragen und außerdem sämtliche Mietrückstände bis auf den letzten Pfennig beglichen haben (der Vermieter muß „voll“ befriedigt sein). Die Hauszinssteuer (seit 24 Proz. der Friedensmiete) gilt hierbei als Teil der Miete. Der preussische Finanzminister hat zwar angeordnet, daß den Hausbesitzern bei Zahlungsfähigkeit der Mieter die auf sie entfallende anteilige Hauszinssteuer gestundet und später erlassen wird, wenn sich die Verhältnisse des Mieters nicht bessern. Manche Hausbesitzer weigern sich aber, solche Anträge zu stellen, und klagen von den Mietern die Hauszinssteuer ein, obwohl ein Landgerichtsbescheid vorliegt, nach welchem ein solches Verhalten des Vermieters gegen Treu und Glauben verstößt und der Klageanspruch danach ungerechtfertigt ist. Jedenfalls ist also hier Vorsicht am Platze, solange es der Sozialdemokratischen Partei noch nicht gelungen ist, ein selbständiges Antragsrecht des Mieters auf Stundung und Erlass der Hauszinssteuer auch für Preußen durchzusetzen, wie es z. B. in Thüringen, Sachsen und Bayern besteht. Eigenbedarf des Vermieters (§ 4 des Mieterschutzgesetzes) wird bei Mietern von Wohnräumen nur in den seltensten Fällen als Grund für die Aufhebung eines Mietverhältnisses anerkannt werden. Dieser Fall kommt vielmehr im wesentlichen nur für Mieter von gewerblichen Räumen in Frage. Aber hier sind die gesetzlichen Vorschriften so eng gefaßt, daß der Vermieter nur in außergewöhnlichen Fällen die Möglichkeit hat, mit seiner Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses durchzubringen. Die Grenzen des Mieterschutzgesetzes werden von den Mietern infolge Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen leider noch viel zu wenig beachtet. Namentlich glauben viele Mieter, daß sie aus der Wohnung nicht herausgeworfen werden könnten, solange sie nicht vom Wohnungsamt eine andere Wohnung zugewiesen erhalten haben. Diese Ansicht ist irrig. Mancher Mieter hat diese irrtümliche Auffassung schon mit jahrelanger Wohnunglosigkeit bezahlen müssen.

Anspruch auf Ersatzraum

haben die Mieter nur in dem zuletzt geschilderten (seltenen) Falle des Eigenbedarfs des Vermieters. In allen anderen Fällen (Verschulden des Vermieters oder Nichtzahlung der Miete) kann zwar das Gericht dem Mieter einen Ersatzraum zubilligen und die Ermission von der Sicherstellung eines Ersatzraumes abhängig machen; es muß dies aber nicht geschehen und geschieht auch häufig nicht. Zum Beispiel zwingt der Richter (der in dem ersten Termin, der der Güte-

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

Von Wilhelm Hegeler.

Unwillig mochte es in ihr auf, daß sie dies Geständnis vor zehn Jahren so indrünstig herbeigelehnt, jetzt machen sollte, wo es dem Ansehen nach, nein, nein, in Wahrheit ihr abgezwungen war. Abgezwungen vom Zufall, der mit der Geduld, die Jahre, Jahrzehnte zu nichts zusammenschrumpten läßt, längst zerrissene Fäden wieder zusammenknüpfte.

Was geschehen war, hatte sie immer als Schuld empfunden, aber als eine Schuld, die ein Mann begreifen, verzeihen muß. Wie ein Spiel hatte es begonnen; abenteuerlich war gleich ihre erste Begegnung mit Rysjed gewesen: sie liegt im Glas, unterm Apfelbaum, im losen Gewand, das vom Bad feuchte Haar in der Sonne ausgebreitet. Als sie die Augen öffnet, steht der fremde Mensch vor ihr. Sie kann sich nicht rühren, nach einer ganzen Weile erst fragen, was er will? Er verneigt sich tief: „Die Schönheit hat die Macht, den Willen aufzuheben. Ich stehe da in reiner Anschauung.“ Nimmt den Apfel, der ihr aus der Hand gerollt ist, und geht. Sie sieht ihn wieder, steht ihn jeden Tag. Er öffnet ihr eine neue Welt. Aber was soll sie von ihm halten? Sein Benehmen, seine Sprache ist ganz anders als die aller übrigen Menschen. Eines Tages, als er allzu lähn wird, weiß sie darauf hin, daß sie verlobt ist. „Ich verzeihe Ihnen den Verlobten“, antwortet er, „aber ich bitte, mich nicht an ihn zu erinnern.“ Sie macht sich die Ansicht ihrer Mutter zu eigen: „Herrn Rysjed kann man nichts übel nehmen, denn man kann ihn nicht ernst nehmen.“ — Wie ein Spiel hatte es begonnen, aber wenn Fürwitz, Eitelkeit, Lust am Abenteuer... viel leicht auch noch mehr die Antistifter waren, so hatte ihres Partners unvermuteter Ernst, der schrankenlose Einsatz seines ganzen Habens und Seins, die zugleich abstoßende und dämonisch lodende Gewalt seines Wesens den Reiz vertieft, das Spiel zum Rausch gesteigert, die flüchtige Länderei zum beglückenden, unentbehrlichen Lichtpunkt ihrer Tage gemacht... wie sie als Kind aus Uebermut sich auf das noch dünne Eis gewagt hatte, um dann, von der stahlblauen Fläche fortgeschleudert, vom Wind getragen, das Ufer zu verlassen, dahinzuliegen dämmern den Fernen zu, gelockt, bezwungen von dem Glanz eines neuen Daseinsgefühls. Aber das beschwingte Glück hatte sich gestockt, dunkel war die Tiefe über ihr zusammengesunken, und wenn sie dennoch das Ufer wieder erreichte: nicht ihrer Kraft hatte sie's zu verdanken, ein glück-

licher Zufall hatte rettend ihre Hand ergriffen — ein glücklicher Zufall, der doch die furchtinslösenden Male von blutigem Unglück und schwerer Schuld auf seinem Antlitz trug.

Gleich nach seiner Rückkehr von der Forschungsreise wollte sie dem Verlobten ihr Erlebnis berichten. Stolz aber auch eine gewisse Unselbstständigkeit und Unfähigkeit, Verantwortung zu tragen, machten sie zu einem freimütigen und aufrichtigen Menschen. Aber selbstamerweise wollte dies Geheimnis sich nicht aus ihrem Innern lösen. War Feigheit oder Mitleid die Ursache ihres Zauberns? Ihr Bräutigam aber, zuerst ganz erfüllt von seinen eigenen Erlebnissen, dann rasch in seine wissenschaftlichen Arbeiten sich vertiefend, hatte ihr das Geständnis nicht erleichtert, hatte nur oberhin nach ihrem Leben sich erkundigt, als wäre es selbstverständlich, daß die alltäglichen Begebenheiten und das um ihn kreisende Denken ihr Dasein ausfüllen müßten, hatte auch später nie die hingeworfenen Andeutungen aufgegriffen. Und doch hatte diese Unaufrichtigkeit Elisabeth auch während ihrer Ehe noch lange bedrückt. Oft hatte sie versucht, sich mit ihm auszusprechen, nicht nur, weil sie es ihm schuldig war, sondern in der Ueberzeugung, daß seine Liebe selbst inniger, zärtlicher, tiefer werden müßte, wenn er um dies Erlebnis wüßte, wie man ein Gut, von dem man erfährt, daß man es beinahe verloren hätte, desto fester birgt. Angesichts seiner Arglosigkeit hatte sich manchmal in ihr Groß, vermischt mit Spott, geregt. Wie war es möglich, daß der gespannte Kummer auf ihrem Gesicht in ihm keine Teilnahme erregte, daß er ihren Augen den sehnächtigen Wunsch, sich auszusprechen, nicht ablas? Aber schließlich mußte sie sich damit abfinden, daß er, dessen ganze Tätigkeit darin bestand, die geheimsten Lebensvorgänge zu erforschen und das dem menschlichen Auge Verborgene sichtbar zu machen, dem Seelenleben seiner Frau gegenüber mit Blindheit geschlagen war.

Das Auto hielt. In tiefen Gedanken ging Elisabeth neben ihrem Begleiter her, bis dieser sie darauf aufmerksam machte, daß sie an dem Gebäude des Instituts schon vorüber seien.

„Ich glaube, es ist besser, wenn ich diese Angelegenheit erst allein mit meinem Mann bespreche. Wenn ich ihn jetzt, mitten in seiner Arbeit, damit überfalle —“

„Aber Frau Hoff, Sie machen sich wirklich zu viel Gedanken wegen dieser Bagatelle.“

„Eine Bagatelle ist es wohl kaum.“

„Wie Sie wollen. Jedenfalls liegt das Geld zu Ihrer Verfügung. Zurücknehmen werde ich es auf keinen Fall.“

3.

Ein Diener führte die beiden in das Arbeitszimmer des Professors. Die eine Wand war von einem Büchergestell eingenommen, gegenüber standen Sterilisationsapparate und allerhand Glasbehälter voller Präparate. Auf einem Stuhl nahe beim Fenster saß ein Mann mit entblöttem rechten Arm, während seine linke über die linke Schulter gehängt war. Auf seinem Oberarm war eine kleine Glocke aus blauer Drahtgaze angebracht. Der Mann rauchte eine Zigarre und ließ sich durch den Eintritt der beiden in der weissen Labor Zeitung nicht stören. — Der Professor, mit einem weissen Labormantel angetan, begrüßte seine Frau in der besten Laune. Elisabeth stellte die beiden Herren einander vor, hinzufügend: „Herr Rysjed ist ein Jugendfreund von mir, aus der Heimat. Ich weiß nicht, habe ich dir von ihm erzählt?“

„Sicher! Sicher! Freut mich sehr. Wie sieht's aus in dem gemüthlichen Rest?“

„Herr Rysjed kommt von drüben, aus San Franzisko.“

„Und nun wollen Sie sich das alte Vaterland wieder ansehen? Sie werden nichts Erfreuliches finden. In jeder Beziehung sieht's traurig aus, in materieller, moralischer, hygienischer Beziehung, von der Politik ganz zu schweigen. Man kann wahrhaftig von Glück sagen, wenn man ein Arbeitsfeld hat, das von der Politik nicht berührt wird... Aber ich muß dir erzählen, Elisabeth, denke dir, vorhin ist mir ein großartiges Experiment gelungen, was mich von einer schweren Sorge befreit hat. Ich bin jetzt völlig unabhängig geworden.“

„Nicht möglich! Hast du etwa den Fleckfieberbazillus entdeckt?“

„Aber Kind, der ist doch schon längst entdeckt. Das solltest du doch wahrhaftig wissen. Nein, aber es ist mir etwas anderes gelungen. Es ist mir gelungen, einer Maus den Fleckfieberbazillus zu injizieren, indem ich ihr ein Klüftchen verabreicht habe. — Sie müssen nämlich wissen,“ fuhr er zu Rysjed gewandt fort, „daß wir augenblicklich an der Entdeckung eines Serums gegen das Fleckfieber arbeiten. Der Bazillus wird durch die Maus auf den menschlichen Körper übertragen. Ich brauche selbstverständlich für meine Experimente mit Fleckfieberbazillen infizierte Mäuse, die ich bisher nur von Retonvaleszenten bekommen konnte. Nun hat es ja in der Seuchenabteilung bisher immer solche Patienten in genügender Anzahl gegeben. Der Herr dort ist ein solcher und hat die Liebenswürdigkeit, gerade einer Mauskolonie die tägliche Nahrung zu verabreichen.“

(Fortsetzung folgt.)



**Sport.**

Generalversammlung des Deutschen Rennfahrerverbandes. Der Deutsche Rennfahrerverband hält am Dienstag, den 3. Februar, vormittags 11 Uhr, im Hotel Nord-West, Turmstr. 7, seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen die üblichen Berichte und Neuwahl des Vorstandes. Außerdem wird sich die Tagung mit den abgeänderten Wettfahrbestimmungen und mit der Frage der Zusammenfassung zum Start französischer und belgischer Fahrer auf deutschen Bahnen beschäftigen.

lassung zum Start französischer und belgischer Fahrer auf deutschen Bahnen beschäftigen.

**Arbeiter-sport.**

Der Deutsche Arbeiter-Sportbund hat sich zur Aufgabe gemacht, allen seinen Mitgliedern in Röntgenstrahlen, Bell- und Röntgenstrahlen, Straf- und Unterhaltungsarbeiten eine Freude zu bereiten. Zu diesem Zweck hat er ein kleines Pantomimspiel mit Anleitung zum Selbsterlernen anfertigen lassen. Dieses Einstudium von 15 St. wird das Spiel (soem ausfindet, Verfaß: Kufelst. 60, 26, Woblerstr. 72.

**Briefkasten der Redaktion.**

S. Mehl. Die Versicherungsgesellschaft kann die Prämie einhalten. Die Gesellschaft ihres Vertreters ist für sie nicht maßgebend. — Diebstahl. Die volle Aufwertung beträgt 112 St. Die Herren diesen Betrag fordern, sich aber auch mit einem geringeren Betrag zufriedener geben. — G. W. 17. Die Frage ist gestellt. Wenn eine Versicherung nicht möglich ist, muß der Schaden bezahlt werden. Wie das Gericht entscheiden wird, wissen wir nicht sicher. Schadenhaftigkeit ist der Verlust der Antenne. 2. Die Auseinandersetzung ist nicht erforderlich. — G. R. Juchacz. Nach unserer Auffassung haben Sie keine Ansprüche mehr gegen den Schlichter.

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
7 1/2 Uhr **TOSCA**  
Opernhaus  
am Königsplatz  
7 U. Piedermaus  
Schauspielhaus  
7 1/2, Charley's Tante  
Schiller-Theater  
7 1/2, Der Widerspenstigen Zähmung  
Velka Bühne  
7 Uhr zum 1. Male  
Wer weint um Jackenack  
Deutsch-Theater  
7 1/2 Uhr  
Die heilige Johanna  
St. nachm. 3 1/2 Uhr  
Alt-Heidelberg  
Kammerapelle  
8 Uhr  
Der Lampenschirm  
St. nachm. 3 Uhr  
Frühlingserwachen  
Die Komödie  
Erdbeben 24/287  
7 1/2 Uhr  
Sechs Personen suchen einen Autor  
St. nachm. 3 Uhr  
Die deutschen Kleinstädter  
Dante I. E. Hauptstr. 11  
7 Uhr: Premiere  
Das Tierchen  
Komödienhaus  
8 Uhr: Die Cousins a. Warschau  
Berliner Theater  
7 30 Uhr  
Anneliese v. Debus

**Lessing-Theater**

Zum letzten Male  
8 Uhr  
**Professor Bernhardt**  
v. Artur Schnitzer  
Zena, Käse-Büchse,  
Kaiser, Orestes, Her. u.  
Sartre-Jama  
**Kleines Th.**  
heute 8 Uhr  
Leopoldine Konstantin  
in  
**BANCO**  
Sonntag nachm. 4 U.  
Hänsel u. Gretel  
**Trianon-Th.**  
tägl. 8 Uhr:  
Erika  
Glässner  
in  
**Mary**  
**Rose-Theater**  
7 1/2 U. Aschenbrödel  
7 1/2 U. Wilhelm Tell

**Kammer-Oper**

Lützowstr. 112.  
an der Pflanzstraße  
Täglich 8 Uhr:  
Wohl zu rufen.  
Herr Kachbar!  
Kom. Op. v. Poise  
Das kleine Felleisen  
von Weid and  
Karlens 5, 4, 3, 2 M.  
tägl. Sonntag und Febr.

**Deutsch-Künstlertheat.**

Täglich 8, 9 Uhr  
„Riquette“  
Lustspielhaus  
8 Uhr: Sals Blöcher  
O. wahre Jakob  
Operettenhaus  
an Köpenickerstr.  
8 Uhr:  
Die verurteilte Frau  
Wallner-Theat.  
8 Uhr:  
Pellenz und Wollhande  
WINTGARTEN  
Novitäten-  
Spielplan!  
Sonntags 2 1/2 Uhr  
halbe Preise  
Rauben gestirbt  
Günther-Haus  
Tischlermarkt  
15 Jahre  
Spezialität  
Ludwig Müller  
Theater

**Bei**

**asthmatischen Beschwerden**  
**Beklemmung, Kurzatmigkeit**  
unter welchen die Asthmatiker sehr zu leiden haben, werden die weltbekannten  
**Astmol-Asthmacigaretten**  
mit großem Erfolg angewendet, es tritt sofortige Linderung ein. Die Cigaretten werden wie jede andere Cigarette geraucht.  
Sehr angenehm im Gebrauch.  
Preis 1/2 Schachtel Mk. 2.50, 1/2 Schachtel Mk. 1.50 zu haben in Apotheken und Drogerien  
Galenus Chem. Industrie, G. m. b. H., Frankfurt a. M. Speichergasse 4/3  
Bestandteile:  
Folien aus 7, Herb. berber. 4, Cap. paper 5, Kal. nit. 4  
Verkaufsstellen:  
Apothek. zum Schwarzen Adler, Neue Königstr. 30  
Löwen-Apothek. Jerusalem Str. 30  
Apothek. zum Eisernen Kreuz, Kastanien-Allee 2  
Diana-Apothek. Turmstr. 28  
Lützow-Apothek. Wichmannstr. 28  
Drogenhaus Grosser, Mantelstr. 108

**Unser verehrter Chef, Herr**

**Adoli Goldberg**  
ist verschieden.  
Wir Arbeiter konnten ihn nur lieben, weil er sich als Mensch nur stets gezeigt, Wünschen wir, die Erde sei ihm leicht.  
Wir werden den Verstorbenen nie vergessen und sein Andenken in Ehren bewahren.  
**Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Felix Lande.**

**Metalbetten**

Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. K. L. 10A Tel. Eisenmöbellager, Suhl Turm

**Dankjagung.**

Da es mir nicht möglich ist, jedem einzelnen zu danken für die Teilnahme, anlässlich des Todesjahres meines lieben Mannes, unseres Vaters, Schwagerbraters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels  
**Karl Blis**  
lasse ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank, insbesondere den Kollegen, dem Friedrich-Dogal-Chor, der GGD und den Herren vom Regimentsamt Trepfen.  
Calle Blis geb. Wrasen und Rinder.

**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die verkaufte Glocke  
**Deutsches Opernhaus**  
7 U. **Margarethe**  
Intimes Theater  
8. Katzl. Abenteuer nach dem Tode etc.  
**Metropol-Theater**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Gräfin Mariza**  
**Neues Th. am Zoo**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Wild-West-Mädels**  
**Th. in Kommand. Str.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Die Frau ohne Kind**  
mit Molly Wassely  
Freia Spis a  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Reuß Sabrierinnen

**Ein gewaltiger Erfolg**  
**Lachsälven**  
**Atemberaubende Sensationen**  
**Bilder von noch nie gesehener Schönheit**  
**Ein Film, den jeder sehen muß**

**DER UFA FILM**  
**KAMPF UM DIE SCHOLLE**  
Frei nach Fritz Reuters „Ul mine Stromtid“  
Regie: Erich Waschneck

**Troitz Teilzahlung**  
geringer An- und Abzahlung  
einige Beispiele:  
**Herr. - Anzüge 36**  
Gef. ihr Maß 78, 80, 82  
**Winter-Paletots 41**  
elegante Form 75, 82, 88  
**Damenmäntel 24**  
in reich. Auswahl 75, 85  
Bei Vorzahlung 10% Rabatt.  
Bei Zahlung inner 3 Mon. 5% Nach.  
Schaufel Gegenstände geben wir gleich mit  
**Central - Garderobenhäus**  
**Weinmeisterstr. 3**  
eine Ecke, nahe Bahnhof über

**Komische Oper**  
8 Uhr  
Direktion: James Klein  
**Unsere Revue:**  
Das hat die Welt noch nicht gesehen mit über 250 Mitwirkenden  
Die Sensation des Berliner Theaterlebens!  
Sonntag 3 1/2 Uhr  
Die große Irene!  
Jeder Erwachsene 1 Kind frei zu halben Preisen (50 Pf. bis 6 Mk.)  
Vorverkauf ununterbrochen!

**Reichshallen-Theater**  
Abend 8 U. u. Sonntag nachm. 2 Uhr  
**Siedler Sänger**  
Nachmittags halbe Preise  
volles Programm  
**Dönhoff-Brett's:**  
Familien-Varieté  
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

**UFA-PALAST AM ZOO**  
Wochentags: 7 und 9 Uhr  
Vorverkauf 11-1 Uhr  
Sonntags: 5, 7, 9 Uhr

**Korbmöbel**  
Eigene Herstellung in gediegenen Ausführungen kauf. Sie bei gr. Auswahl vorrätig u. billig im Spezial-Korbwaren-Edmund Voß  
Korbstr. 14  
Nähelermansplatz  
Teleh. Neukölln 224. Zahlungsvereinfachung

**Apollo-Theater**  
8 Uhr  
**Revue-Posse**  
**Das lachende Berlin**  
über 150 Mitwirkende.  
Ganz kleine Eintrittspreise  
Parkett 2,50 Mk.

**Allgemeine OctoFrankenlosse**  
für den Verwaltungsbereich XI, Berlin.  
**Schöneberg-Teledienst.**  
Sprechst. Schönberg, Sonn. wochts. 30  
Wohngebührenentw.  
Das Verwaltungsamt der Stadt Berlin hat nachfolgende Wohngebühren genehmigt: a) für den Betrag bis zu 100 Reichsmark einschließlich 1%, u. b) für den Betrag bis zum Gesamtbetrag von 100 Reichsmark einschließlich 1%, u. c) für den Betrag bis 1 u. 5. mindere bis zu 20 Reichsmark. Diese Wohngebühren werden vom 1. Februar 1925 an erhoben.  
Berlin-Schöneberg, 24. Januar 1925.  
Der Bezirksrath.  
H. Schult, Vorz. Frig. Seeb, Schriftf.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstraße 81 („Clou“) Mauerstraße 82  
Täglich geöffnet  
**Vier-Uhr-Kaffee**  
**Gesellschaftsabend / Tanz**  
Ausschank von Triumphator  
**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Hansenhof 108-114  
Heute, Sonnabend, den 31. Januar:  
**Bockbier-Fest in den bayer. Alpen**  
8 Kapellen! :: Neue Dekorationen!  
30 bayerische Mad'!!  
**Bergschloß-Bockbier**  
und  
**Gr. Alpenhall**  
Einlaß 6 Uhr  
Anfang 7 Uhr  
Voranzeige! Dienstag, den 3. Februar:  
**Große Schweinebraterei und**  
**Prämierung d. längst. Damenhaares**

**Besonders** wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

**Theater am Kottbuser Tor.**  
Tägl. 8 Uhr und  
Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Ellie-Sänger.**  
Die Rotes des Humors.  
„Elle... varen“  
Volksmäßige Preise.

**Reichshallen-Theater**  
Abend 8 U. u. Sonntag nachm. 2 Uhr  
**Siedler Sänger**  
Nachmittags halbe Preise  
volles Programm  
**Dönhoff-Brett's:**  
Familien-Varieté  
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

**2 Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
**eleg. Herren-Garderobe**  
fertig und nach Maß  
nur Qualitätsware in großer Auswahl  
Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung  
**Maßschneiderei J. Kurzberg**  
Oranienstraße 160, I  
2. Gesch. Chausseestr. 1  
Eing. Elsässer Str.

**Erdal**  
für die Schuhpflege



Wie frische ich bestimmt Erdal?  
Wie taufge ich mich nie?  
Verlange Erdal mit dem Frosch  
Das ist die Garantie!

Bei geringster Anzahlung und leichter wöchentlicher od. monatlicher  
**Teilzahlung**  
kaufen Sie jetzt  
**MÖBEL**  
in gediegener Qualität zu niedrig. Preisen  
**Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer**  
**Ginbarmaturen, Einzelmöbel, Kischen**  
Kostenlose Lieferung u. frei Lieferung  
**BEISER** Lothringers  
straße 67

**Haare**  
wachsen ihnen wieder.  
Reigel's Haartrüb-  
wasser „Jatrofe“  
wird Wunder nach  
knappem Einreiben.  
So lösen viele An-  
erkrankungen 24, 25  
und 26 210 So nicht  
erhältlich, bei Otto  
Reichel, Berlin 43  
50, Altenbühlstr. 4.  
**Krause-Pianos**  
zur  
**Miete**  
Ansbacher Str. 1,  
14a Köpenickerstr.

# WEISSE WOCHE

bei

## JANDORF

Mengenabgabe  
vorbehalten

Verkauf nicht an  
Wiederverkäufer

### Vorverkauf Sonnabend 31. Januar

|   |  |  |   |   |   |
|---|--|--|---|---|---|
| <b>Damenhemd</b> 78 Pf.<br>mit Hohlbaum   | <b>Büstenhalter</b> 58 Pf.<br>aus gutem Wäschestoff      | <b>Untertaille</b> 68 Pf.<br>aus gutem Hemdentuch m. Stickerei       | <b>Nachthemd</b> 2.45<br>für Damen mit Hohlbaum                               | <b>Korsetten</b> 1.45<br>grau oder mode Drell mit Spiralstangen         | <b>Taghemd</b> 3.50<br>für Herren, aus kräft. Hemdentuch                                  |
| <b>Hemdentuch</b> 48 Pf.<br>kräftige Qualität, ca. 50 cm br. Meter                | <b>Louisiana</b> 72 Pf.<br>für Bettwäsche                | <b>Handtuchstern</b> 39 Pf.<br>Gerstenkorn, ca. 45 cm breit Meter    | <b>Frottier-Handtuch</b> 78 Pf.<br>guter Kräuselstoff                         | <b>Voll-Volle</b> 1.25<br>viele mod. Farben                             | <b>Helvetia-Seide</b> 2.95<br>ca. 85 cm breit, viele Farben                               |
| <b>Rohnessel</b> 0.46<br>kräftige Qualität, ca. 50 cm br. Mtr.                    | <b>Wäschtuch</b> 4.90<br>Marke „Edeltuch“                | <b>Taschentuch</b> 18 Pf.<br>Linen, Kordelkante, für Damen u. Herren | <b>Lakenstoff</b> 2.45<br>Halbleinen, sehr schöne Qualität, ca. 145 cm, Meter | <b>Küchen-Handtuch</b> 98 Pf.<br>Befestigt ca. 48x100, besonders billig | <b>Tändelschürze</b> 75 Pf.<br>aus glatten od. gestreift. Batist, mit Stickereigarnierung |
| <b>Oberhemden</b> 5.90<br>farb. gefüttert, Faltenbrust, Kragen u. Umschlagmansch. | <b>Kaffeedecke</b> 1.75<br>kariert, leinenartiges Gewebe | <b>Kaffeedecke</b> 2.45<br>Javagewebe, ca. 120x120                   | <b>Badelaken</b> 2.95<br>für Kinder, guter Kräuselstoff ca. 100x100           | <b>Sinken-Handtuch</b> 1.05<br>Halblein., ca. 48x100 schwere Qualität   | <b>Bedienungs-Schürze</b> 95 Pf.<br>mit Träg. Wäschest. m. Säumch. garniert               |

Belle-Alliance-Str. \* Gr. Frankfurter Str. \* Brunnenstr. \* Kottbuser Damm \* Wilmersdorfer Str.

# Weiße Woche bei Lindendemann

Mengenabgabe vorbehalten.

Beginn Sonnabend, den 31. Januar, früh 9 Uhr.

Kein Verkauf an Wiederverkäufer

## Auswahl, Qualitäten, Preise beispiellos

| Baumwollwaren  | Bettwäsche  | Damen - Wäsche   | Trikotagen   | Damenkonfektion   | Taschentücher   |
|--|---|--|--|---|---|
| <b>Rohnessel</b> ca. 50 cm breit . . . Mtr. 50 <b>45 Pf.</b>                 | <b>Bettgarnituren</b> aus gut. Wäschetuch, Deckbett und 2 Kissen . . . 9,50 <b>6<sup>75</sup></b> | <b>Damen-Hemden</b> 105 m. breit. Stickerei u. Träg. <b>1,95</b>                           | <b>Korsettschoner</b> 48 Pf. feingestrickt . . . . . 65  | <b>Weisse Blusen</b> Vollseide, in höch. Ausführung. Ser. III 3.50, Ser. II 3.25, Ser. I <b>2,95</b>    | <b>Taschentücher</b> für Kinder, weiß od. kar. <b>8 Pf.</b>                           |
| <b>Linon</b> 80 cm breit . . . Mtr. 78 <b>68 Pf.</b>                         | <b>Bettsatin</b> Garnituren Deckbett u. 2 Kissen <b>12,90</b>                                     | <b>Beinkleider</b> für Damen, mit Hohlbaum . . . <b>1,35</b>                               | <b>Netzjacken</b> . . . . . <b>75 Pf.</b>  | <b>Hemdblusen</b> Ein Posten <b>2,50</b> Posten <b>2,35</b> Posten <b>2,35</b>                          | <b>Taschentücher</b> für Damen, mit Buchstaben <b>28 Pf.</b>                          |
| <b>Linon mit Leinwand</b> Kissenbezüge . . . Mtr. 98 <b>85 Pf.</b>           | <b>Bettlaken</b> a. kräft. Rohnessel 140x200 <b>2,45</b>  | <b>Nachthemden</b> für Damen, Schlupf. m. Stickerei <b>2,95</b>                            | <b>Einsatzhemden</b> für Herren, höchst. Stoffen . . . <b>2,45</b>   | <b>Voile-Kleider</b> moderne Formen <b>9,50</b> <b>6,50</b> <b>3,95</b>                                 | <b>Taschentücher</b> für Herren, mit Buchstaben <b>35 Pf.</b>                         |
| <b>Linon mit Leinwand</b> Kissenbezüge . . . Mtr. 1,08 <b>1,35</b>           | <b>Hauslaken</b> kräftige Qualität . . . <b>4,75</b>  | <b>Kinder-Wäsche</b> Größe 40 Jede weitere Größe 10 Pf. mehr <b>75 Pf.</b>                 | <b>Hemdosen</b> für Damen, feingestrickt . . . <b>1,95</b>   | <b>Kleiderstoffe</b> Vollvoile Schweizer Qualität, ca. 115 cm breit . . . Meter <b>1,75</b>             | <b>Linontücher</b> für Herren, mit Ripskante <b>18 Pf.</b>                            |
| <b>Bettsatin</b> 90 cm breit . . . Mtr. 1,28 <b>1,45</b>                     | <b>Hauswäsche</b>   | <b>Damen-Hemden</b> gute Anfertigungsqualität, 3,98 <b>2,95</b>                            | <b>Herren-Hemden</b> Normal- oder mahofarbig <b>2,45</b>   | <b>Kostüm-Cheviot</b> weiß, 150 br., reine Wolle Mtr. <b>3,95</b>                                       | <b>Taschentücher</b> für Damen, mit Spitze <b>42 Pf.</b>                              |
| <b>Bettsatin</b> 130 cm breit . . . Mtr. 2,95 <b>2,45</b>                    | <b>Wischtücher</b> kariert . . . . . <b>35</b>  | <b>Garnitur</b> Hemd u. Beinkleid m. reicher Stickerei <b>4,90</b>                         | <b>Hemdchen</b> für Damen, gestrickt . . . <b>1,25</b> <b>85 Pf.</b>   | <b>Seidenbatist</b> doppeltbreit . . . . . Mtr. <b>85 Pf.</b>   | <b>Gardinen</b>   |
| <b>Hauslaken</b> für Laken 140 cm breit . . . Mtr. 2,95 <b>1,95</b>          | <b>Kaffeedecken</b> hübsche Muster . . . <b>2,75</b>  | <b>Taghemden</b> für Herren, aus kräftigem Wäschetuch . . . <b>2,95</b>                    | <b>Sensations-Angebot in Stickereien u. Spitzen</b> Stickerei-Kupons 3,05 m <b>90 Pf.</b> Stickerei-Kupons 4,60 m <b>95 Pf.</b> Hemdenpassen . . . <b>76</b> <b>85 Pf.</b> Turteln- u. Köppelstrümpfen Kupons von 1, 7, 9 10 m <b>95 Pf.</b> | <b>Helvetia-Seide</b> ca. 85 cm breit . . . Meter <b>2,95</b>   | <b>Bettdecken</b> 2 bettig, Etamine mit Einsätzen u. Spitzen <b>10,50</b> <b>7,50</b> |
| <b>ReinMako</b> aus Sapp. tuch. Dauerw. 80 cm br. Mtr. <b>1,35</b>           | <b>Rolltücher</b> mit Kante . . . . . <b>2,95</b>   | <b>Nachthemden</b> für Herren, mit Bortenbesatz . . . <b>3,95</b>                          |  | <b>Crêpe de Chine</b> 100 cm breit . . . . . Meter <b>4,25</b>  | <b>Scheibengardin.</b> Etamine m. Eins. u. Volant <b>85</b> <b>48 Pf.</b>             |
| <b>Makotin</b> feine Leinw. 80 cm breit . . . Mtr. <b>88 Pf.</b>             | <b>Tischtücher</b> Damast rein Mako . . . 140x140 <b>6,90</b>                                     |  |  |   |   |
| <b>Hemdentuch</b> mit kräftiger Qualität . . . Mtr. 68, <b>48 Pf.</b>        | <b>Handtücher</b> Ein großer Posten abgepaßter . . . 68, <b>48 Pf.</b>                            | <b>Oberhemden</b> weiß, f. Herren m. Pique-Einsatz u. Klappmansch. <b>5,90</b> <b>4,90</b> | <b>Herren-Kragen</b> Umlegekragen 85 Pf. . . Stehkragen <b>65 Pf.</b>  | <b>Etamine</b> 150 cm breit kariert . . . . . Mtr. <b>1,25</b> , <b>95 Pf.</b>                          | <b>Halbstores</b> Etamine mit Einsätzen und Spitzen . . <b>2,75</b> <b>1,65</b>       |
| <b>Wäschtuch</b> gute süddeutsche Qual. . . Mtr. 95, <b>78 Pf.</b>           | <b>Handtücher</b> Reinleinen, für Stube und Küche . . . . . <b>95 Pf.</b>                         | <b>Frottierhandtücher</b> Stück . . . . . <b>1,25</b> <b>88 Pf.</b>                        |  | <b>Etamine-Garnitur</b> 3 teilig, mit Klappereinsatz u. Filz-motiven . . . . . <b>11,50</b> <b>8,75</b> |   |
| <b>Körperbarchent</b> 80 br., weiß, voll gebleicht, Mtr. 1,10, <b>85 Pf.</b> | <b>Tischtücher</b> Halblein. u. Baumwolle Serie III 3,90, Serie II 4,90, Serie I <b>3,90</b>      | <b>Jumper-Untertailen</b> in verschiedenen Ausführungen . . . . . <b>65 Pf.</b>            | <b>Prinzeß-Röcke</b> mit Hohlbaum . . . . . <b>2,75</b> <b>1,95</b>  |   |   |

Berlin-Schöneberg **Hauptstr. 149/150** Berlin-Mitte **Landsberger Allee 29** Neu-bau **Turmstr.** Ecke **Offstr.**

# Braun's Landtagsieg.

## Die Koalition geschlossen. — Die Opposition zerplittert.

Das Haus ist sehr stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Die Abgeordneten stehen in erregten Gruppen umher, da das Ergebnis der bevorstehenden Ministerpräsidentenwahl noch ganz ungewiss ist. Sämtliche Fraktionen haben ihre letzten Leute herangeholt. Auch die Kranken sind aufgefordert worden, wenigstens an dieser entscheidenden Sitzung teilzunehmen.

Präsident Bartels eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die

### Wahl des Ministerpräsidenten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. Herold (Z.) das Wort zu einer Erklärung. Er stellt fest, daß er bei der zweiten amtlichen Abstimmung am 23. Januar gesiegt habe. Zu seinem Bedauern habe er diesen Zeitpunkt der Abstimmung veräumt. Es wäre seine Absicht und sein Wille gewesen, sich an den oder ersten Abstimmungen zu beteiligen und mit Nein zu stimmen. (Beifall in der Mitte.) Er habe den dringenden Wunsch, daß diejenigen Zeitungen, die auf das Fehlen des Abg. Herold hingewiesen haben, seine heutige Erklärung zur Kenntnis nehmen möchten.

Abg. Höpfer-Wilhoff (Dem.) beantragt, den Antrag seiner Fraktion,

die Vorgänge bei der Landespfandbriefanstalt betreffend, dem Untersuchungsausschuß zu überweisen.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wird beschlossen, daß diese Angelegenheit in einem besonderen Ausschuß behandelt werden soll.

Abg. Pies (Komm.) beantragt, nunmehr zunächst die Annesstiebedebatte fortzusetzen.

Da gegen diesen Antrag Widerspruch erhoben wird, kann er nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Kommunisten erheben darauf wilden Lärm und rufen: Was ist das für ein Schuft, der Einspruch erhebt? Heraus mit dem Barmat-Schieber! (Großer anhaltender Lärm.)

Der Kommunist Sobotta bringt darauf einen neuen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder dieses Landtages offene und geheime Agenten des Schwerekapitals seien. (Große Heiterkeit bei den anderen Parteien. Es entsteht ein großer Tumult, da der Redner eine ellenlange Erklärung verliest und der Präsident vergebens versucht, ihn daran zu hindern. Die Kommunisten begleiten die Ausführungen ihres Fraktionsgenossen mit lebhaften Beifallsrufen.) Der Redner fordert schließlich unter allgemeiner großer Unruhe Auflösung des Landtages. (Es entsteht minutenlanges Lärm.) Die Kommunisten stoßen Beifallsrufe aus, worauf die anderen Parteien mit Schlußrufen antworten. — Der Präsident entzieht schließlich dem Redner das Wort, der aber seine Ausführungen trotzdem zu Ende führt.)

Gegen den Antrag wird wiederum Einspruch erhoben, so daß

er ebenfalls nicht verhandelt werden kann, worauf die Kommunisten wieder mit lebhaften Pfulsrufen antworten.

Man kommt dann endlich nach halbständiger Geschäftsordnungsdebatte zur Tagesordnung, nämlich zur

### Wahl des Ministerpräsidenten.

Nach der Verlesung soll die Wahl ohne Aussprache stattfinden. Der Kommunist Dörz hält es für notwendig, daß eine Ausnahme gemacht wird, und daß die Kandidaten ihr Programm entwickeln. (Heiterkeit.) Der Antrag wird als verfassungswidrig nicht zur Abstimmung gestellt.

Das Haus trat dann um 4.3 Uhr in die Wahl des Ministerpräsidenten ein, die durch Stimmzettel erfolgt.

Die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten wählten für Braun (Soz.) stimmen, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Nationalsozialisten und die Wirtschaftliche Vereinigung haben sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt, über dessen Person aber bis zum letzten Augenblick Stillschweigen bewahrt wird.

Während der Abstimmung wird bekannt, daß der Kandidat der Rechtsparteien Abg. v. Kries (Dnat.) ist. Die Kommunisten stimmen für Pies.

Um 3.45 Uhr verkündet unter allgemeiner großer Spannung Präsident Bartels das Ergebnis der Abstimmung. Es wurden abgegeben 441 Stimmen. Der Landtag ist also beschlußfähig. Welche Stimmzettel wurden sechs abgegeben. Von den übrigbleibenden 435 Stimmen beträgt die Mehrheit 218. Es erhielten Braun (Soz.) 221 Stimmen (lebhafter Beifall in der Mitte), Dr. v. Kries (Dnat.) 175 und Pies (Komm.) 39 Stimmen.

Präsident Bartels erklärt, daß nach diesem Ergebnis Abg. Braun (Soz.) zum Ministerpräsidenten gewählt ist. (Stürmischer Beifall in der Mitte.)

Präsident Bartels stellt fest, daß damit die Tagesordnung erledigt ist. Er bittet, ihm die Festlegung des Termins und der Tagesordnung der nächsten Sitzung zu überlassen, und zwar im Einverständnis mit dem Vizepräsidenten.

Abg. Frau Krieger (Komm.) beantragt, sofort die Annesstiebedebatte zu behandeln.

Abg. Dr. v. Campe (Dp.) erklärt, spätestens am 5. Februar müsse die nächste Sitzung stattfinden, weil an diesem Tage die Amtszeit des vorläufigen Landtagspräsidenten abläuft.

Abg. Pies (Komm.) beantragt, am Sonnabend eine Sitzung abzuhalten mit der Tagesordnung: Auflösung des Landtages.

Die kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Der Präsident wird ermächtigt, den Tag der nächsten Sitzung zu bestimmen. Schluß 4 Uhr.

Die sechs weißen Stimmzettel, die bei der Abstimmung abgegeben wurden, rührten von den Deutsch-Hannoveranern her.

eines Teiles der Aktien der Margarinefabrik Dema in Haselhorst aus dem Besitz des Reiches an den Barmat-Konzern vollzogen und in welcher Höhe der Barmat-Konzern Aktien der Dema erworben hat.

Abg. Kuschke (Dem.) verweist darauf, nach den bisherigen Feststellungen sei erwiesen, daß mindestens 75 Proz. der Margarinefabrik Dema sich im Reichsbesitz befinden. Der Antrag Labendorff sei also zwecklos.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Labendorff abgelehnt.

Abg. Bartels (Komm.) beantragt, den Präsidenten der Staatsbank, Schröder, zu fragen, ob er bestätigen könne, daß ihm bereits im November 1924 fünf Wochen vor der Aufdeckung der Korruption, die betrügerischen Manipulationen des Kustler- und Barmat-Konzerns bekannt waren und daß er schon damals erklärt habe, daß für die Öffentlichkeit aller Grund zur schärfsten Kritik gegeben sei.

Der Abg. Bartels ist damit einverstanden, daß dieser Antrag als Frage dem Präsidenten der Staatsbank persönlich vorgelegt werde.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) führt Beschwerde über die Berichterstattung der Tagespresse über die bisherigen Verhandlungen. In den verschiedenen Parteiorganen sei der Bericht durchaus verschieden wiedergegeben, es müsse verhindert werden, daß lägenhafte Berichte gegen die Abgeordneten später ausgenützt werden. Es sei darum notwendig, ein amtliches Protokoll zu veröffentlichen.

Von verschiedenen Rednern werden die Schwierigkeiten einer solchen Protokollierung erörtert.

Rit 14 gegen 12 Stimmen wird beschlossen, das Protokoll nach den stenographischen Aufzeichnungen drucken zu lassen.

Nach 6 Uhr verläßt sich der Ausschuß auf Dienstag nachmittags 5 Uhr. In der nächsten Sitzung sollen ernannt werden der ehemalige Präsident der Staatsbank a. Dombold, Polizeipräsident Richter und Abg. Heilmann (Soz.)

### Eine Erklärung der Verteidiger.

Von den Rechtsanwälten Bahn, Davidsohn, Dr. Klee und Dr. Schwereus werden wir um Aufnahme folgender Erklärung gebeten:

Die in den letzten Tagen in dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages darüber angestellten Erörterungen, wie die Familie Barmat nach Deutschland gekommen sei, enthalten zu einem erheblichen Teile offensibare Irrtümer und Unrichtigkeiten:

1. Julius Barmat ist bereits im Jahre 1907 als 18jähriger junger Mann aus Russland nach den Niederlanden gekommen und hat sich dort zunächst als offiziell verordneter Dolmetscher für die russische Sprache niedergelassen. Schon vor dem Kriege, im Jahre 1912 und 1913, war Julius Barmat mit ordnungsmäßigen Papieren des Älteren nach Deutschland gereist. Im Jahre 1919 erhielt er, nachdem er die in der Öffentlichkeit mehrfach erwähnten Lebensmittellieferungen nach Deutschland in die Wege geleitet hatte, von der Deutschen Poststelle in Amsterdam ein Visum. Das erste Visum erhielt er auf Empfehlung des Freiherrn v. Malchau, der seinerzeit bei der Deutschen Gesandtschaft in Haag tätig war. Die Deutsche Gesandtschaft war ihm gegenüber insoweit feiner für Deutschland geleisteten Dienste stets wohlwollend gesinnt. Das können die Herren Prof. Brinkmann, Dr. Müller-Segner, damals dort beschäftigt, und Herr Baron v. Malchau bestätigen.

Weiterer hat noch im Jahre 1920 als Staatssekretär beim auswärtigen Amt bei einer Anfrage über Jul. Barmat über ihn die besten Referenzen erteilt. — Lediglich im Anfang des Jahres 1917 bestand zwischen Jul. Barmat und der Poststelle in Amsterdam, an der damals Graf v. Bassenheim beschäftigt war, aus politischen Gründen eine gewisse Spannung, die aber sehr schnell wieder beseitigt wurde. So hat die Deutsche Poststelle und zwar derselbe Graf v. Bassenheim über Personen, die der Deutschen Poststelle unbekannt waren und ein deutsches Visum beantragt hatten, bei Barmat und seiner Familie Informationen eingeholt. Hierüber kann der damalige Chef der Poststelle, Herr Bordiner, gehört werden.

Im Jahre 1920 hat sogar das Deutsche Generalkonsulat in Amsterdam (Poststelle), als Jul. Barmat nach der Schweiz reiste, für diesen eine Empfehlung an die Schweizer Grenzbehörden gegeben.

2. Was die Familienmitglieder des Jul. Barmat anbetrifft, so sind diese, und insbesondere seine Eltern, 1920 aus politischen Gründen aus Russland ausgewandert und in die Niederlande gezogen.

Unmohr ist, daß die Familie an der Übergangsgrenze in Bentheim bevorzugt behandelt wurde. Die ganze Familie mußte, wie alle anderen Reisenden, sich einer genauen Bagatelrevision unterziehen. Von einem Erlaß des Innenministeriums, wie er im Ausschuß des Preussischen Landtages zitiert wurde, war an der Grenze absolut nichts bekannt. Alle Familienmitglieder hatten ein ordnungsmäßiges deutsches Visum, das in Rumänien, von wo sie abgereist waren, ausgestellt war. Ebenso waren sie im Besitze einer ordnungsmäßigen holländischen Einreiseerlaubnis. Sie haben sich in Deutschland, wo sie lediglich durchreisten, nur wenige Tage aufgehalten.

### Aus der Partei.

#### Die Totenfeier für Adolf Thiele.

Halle a. d. S., 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag fand die Einäscherung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Genossen Adolf Thiele statt. Die große Halle des Friedrichshofes hatte nicht Platz für die vielen Teilnehmer, so daß der feierliche Akt auf dem Platz davor stattfinden mußte. Trotzdem in dem kommunistischen Organ dessen Redakteur, Reichstagsabgeordneter Nison, in einem "Ruf" den Verstorbene zu besichtigen wogte, hatten sich auch viele Kommunisten eingefunden, um dem verstorbenen Parteigenossen die letzte Ehre zu erweisen. Nach Ansprachen eines Mitgliedes des Parteivorstandes und von Vertretern von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen des Bezirks Halle-Merseburg sowie seines früheren Reichstagswahlkreises wurde der Sarg mit den Gebeinen den Flammern übergeben.

### Kommunistische Kindereien.

#### Der weitere Arbeitsplan des Korruptionsausschusses.

Der Untersuchungsausschuß stellte in seiner gestrigen rein formalen Sitzung die Beweisangebote auf und einigte sich über das zukünftige Arbeitsprogramm.

Zunächst wurde ein Antrag Braun (Dnat.) angenommen, den Ministerialdirektor Köpfe zum Auswärtigen Amt sowie diejenigen Beamten des Auswärtigen Amtes zu laden, durch deren Hände alles Aktenmaterial bezüglich Barmats insbesondere die von 1919, in den letzten Wochen gegangen ist. Die Akten selbst sind dem Ausschuß vorzulegen.

Auch ein Antrag Dr. Deereberg (Dnat.) wird angenommen, der Beweiserteilung darüber wünscht, wer sich dafür eingesetzt habe, daß die Partieräume des Hauses Unter den Linden 74 an die zu Barmat gehörenden Berlin-Burger Eisenwerke vermietet wurden, ohne daß vorher eine Ausschreibung erfolgt wäre und gegen den Widerspruch des Finanzministers.

Abg. Stoll (Komm.) beantragt, bei der Merkur-Bank, der Bremer Privat-Bank und Altenburger Sportbank Kontoauszüge einzufordern der Abg. Bauer, Heilmann, Kuttner, Weis, Wüdemann und des Polizeipräsidenten Richter.

Abg. v. Waldhausen (Dnat.) hält es für ausgeschlossen, daß irgendeine Bank solche Kontoauszüge herausgeben könnte, wenn sie nicht vom Richter dazu gezwungen werde.

Herr Dr. Leidig hält den Antrag gleichfalls für sehr bedenklich. Man könnte schließlich von allen Abgeordneten Kontoauszüge einfordern. Mindestens müßten die Antragsteller bestimmte Tatsachen anführen, die sie dadurch beweisen wollen.

Abg. Kuttner (Soz.) erklärt, er werde den Kommunistenantrag unterstützen, könne aber jetzt schon erklären, daß er bei keiner Bank des Barmat-Konzerns ein Konto besitze.

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) hält den Antrag für überflüssig, da bei der Vernehmung Barmats die Frage der Konten geklärt werden könnte.

Abg. Stoll (Komm.) will seinen Antrag nicht zurückziehen und sagt zur Begründung: Der Polizeipräsident Richter hat zwar erklärt, daß er kein Konto bei der Merkur-Bank oder einer anderen Barmat-Bank habe, mußte aber dann zugeben, daß er ein Darlehen der Merkur-Bank erhalten und zurückgezahlt habe. Da die Angelegenheit also nicht geklärt ist, möchten wir Kontoauszüge der betr. Bank sehen. In der Presse sind ferner Angriffe gegen den sozialistischen Abgeordneten Heilmann erhoben worden. Heilmann sei Inhaber oder idig gewesen im Soz. Parlamentsdienst und an den P.P.R. beteiligt gewesen, habe diese Tätigkeit aber aufgegeben, um als eine Art Syndikus in den Barmat-Konzern einzutreten. Wir möchten wissen, in welcher Weise sich dieser Wechsel materiell auswirkte. Ferner hat der Abg. Bauer auf die Fragen verschiedener Ausschußmitglieder nicht ausreichend geantwortet, ob

er irgendwelche Zahlungen von den Barmats erhalten hat. Wir möchten wissen, ob nicht bei der Bremer Privat-Bank irgendwas für Herrn Bauer verbucht worden ist. Bezüglich des Abg. Weis (Soz.), der den Barmats wichtige Dienste geleistet hat, möchten wir ebenfalls wissen, wie sich diese Dienste materiell ausgewirkt haben. Den Abg. Weis und Müller wird nachgefragt, sie hätten sich durch Beauftragte bei dem früheren englischen Premierminister MacDonald dafür verwandt, daß Barmat die Verbindung mit englischen Wirtschaftskreisen bekam. Abg. Kuttner soll Mitarbeiter der holländischen Barmat-Bücher sein und dem Abg. Heilmann Hilfeleistung geleistet haben.

Auf Antrag des Abg. Dr. Schwering (Dp.) beschließt die Mehrheit Uebergang zur Tagesordnung über die kommunistischen Anträge.

Abg. Stoll (Komm.) beantragt die Vorlegung der Personalakten des Polizeipräsidenten Richter und eine nähere Nachprüfung seiner unterbrochenen Amerika-Reise.

Die Redner aller übrigen Parteien wenden sich gegen diese Anträge.

Abg. Kuttner (Soz.) beantragt, schleunigst den Abg. Heilmann als Zeugen zu vernehmen, damit

endlich der Zustand aufhört, daß völlig aus der Luft gegriffene ganz unsinnige Beschuldigungen in der Form kommunistischer Beweisangebote unwiderlegbar der Öffentlichkeit übermittelt werden.

Abg. Stoll (Komm.) erläutert seinen Antrag dahin, er wolle aus den Personalakten feststellen, wie oft der Polizeipräsident Richter Urlaub zu Bergnährungsreisen genommen hat.

Abg. Kuttner (Soz.) betont, der Ausschuß habe nicht das Privatleben des Polizeipräsidenten, sondern seine amtliche Tätigkeit zu prüfen. Die Antragsteller sollten endlich angeben, welche Amtshandlung des Polizeipräsidenten sie beanstanden. Im Zusammenhang damit könne man dann erst auf die privaten Beziehungen des Polizeipräsidenten zu Barmat eingehen.

Die kommunistischen Anträge wurden gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abg. Bartels (Komm.) beantragt, zu untersuchen, ob und welche Beamten der Preussischen Staatsbank dieser von einer Befragung Kustlers abgeraten und nach seiner Verhaftung sich für seine Freilassung eingesetzt haben.

Dieser Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) erklärt, entgegen der gestrigen Aussage des Abg. Bauer sei ihm mitgeteilt worden, daß Bauer doch von einer Bank des Barmat-Konzerns ein Darlehen von 263 000 Mark erhalten habe. Dr. Deereberg betont ausdrücklich, er wisse nicht, ob das richtig ist, beantragt aber zur Klärung dieser Angelegenheit die Vernehmung des Untersuchungsrichters darüber.

Der Beweisangebot wird angenommen.

Abg. Labendorff (Dp.) beantragt Vorlegung der Akten des Reichsfinanzministeriums, um zu prüfen, wie sich der Uebergang

**12.50**  
Damenstiefel, moderne Form.  
Original-Goodyear-Welt

**12.50**  
Herrenstiefel, solide Ausführung.  
Original-Goodyear-Welt

**12.50**  
Ladhalbschuhe für Damen, rasige Form für Straße und Ball

**ERIT**  
Lack & Co AG  
Bürohm  
18 Verkaufsstellen in allen Verkehrsgegenden Groß-Berlins

# Wirtschaft

## Antiblocks in Monopolindustrien. Der Nachkampf in der Kaliindustrie.

Der seit der Vorkriegszeit gestaute Inland- und Weltbedarf in fast allen Industrien, der durch die gleichzeitige Ueberfremdung mit Produktionsanlagen seit der Wiederherstellung normaler Währungs- und Konkurrenzverhältnisse in Deutschland besonders spürbar geworden ist, führt zunchmend zur Bildung von Antiblocks der Schwächeren gegen die Konzernblöcke der kapitalstärkeren Firmen. In der Form der Interessengemeinschaft, die unter den heutigen Verhältnissen zumeist eine vollständige Fusion ist, nur unter Aufrechterhaltung der formalrechtlichen Selbständigkeit, schließen mittlerer Firmen ihre gegenseitige Konkurrenz aus und die Produktions- und Absatzkraft ihrer Werke zusammen, um mit den älteren Konzernen den Nachkampf um die gestiegene Nachfrage aufzunehmen. Die Wirtschaftskrise, die mit der Sanierung der deutschen Wirtschaft einhergeht, fördert also zwar die Zusammenstufung und die Kapitalkonzentration außerordentlich, sie erschüttert aber auch gleichzeitig die Monopolstellung der starken durch die Züchtung von mittleren Unternehmen, deren Konkurrenz die leicht konservative und unrationell wirtschaftenden Monopolkonzerne zu einer rationelleren Produktionsorganisation zwingt. Selbstverständlich sind das an sich höchst natürliche und normale Vorgänge im kapitalistischen System. Aber sie sind heute besonders interessant, weil sie zum Unterschied von ähnlichen Vorgängen in der Vorkriegszeit, wo die verhältnismäßig leichten Kräfte an der dauernden Steigerung der Nachfrage nichts änderten, in eine Zeit starker Währungs- und gesteigerter Weltkonkurrenz fallen. Die Arbeiterschaft hat ein besonderes Interesse an diesen Vorgängen, weil die durch den Krieg unterbrochene Senkung des Weltmarktpreisniveaus seit den 80er Jahren trotz der heutigen Hochschuldbewegung in fast allen Staaten daraus neue Antriebe gewinnen kann.

Diese Bildung von Antiblocks tritt in Deutschland besonders hervor in der chemischen und in der Kaliindustrie. In der chemischen Industrie ist die produktions-technische Ueberlegenheit des Anilinkonzerns für die Stickstoffgewinnung so groß, daß er mit seinen hohen Stickstoffgewinnen andere der Konkurrenz ausgelegte Eigenprodukte zu wesentlich billigerem Preis auf den Markt geben kann. In dieser Form verfuhr der Anilinkonzern der Konkurrenz der besonders auf wertvolle Aufschlüsselungsverfahren der Braunkohle gestützten chemischen Industrie Herr zu werden. Das hat, wie schon gemeldet, zum Zusammenschluß zweier sehr leistungsfähiger, der mittleren Industrie angehörender Unternehmenskomplexe geführt, die bisher einander Konkurrenz machten: der Rhemania Verein chem. Fabriken, Köln, die in der Superphosphatindustrie führend ist, und der Chemische Fabriken Runkheim u. Co. A.-G. Grube Ilse, die mit der Deutschen Petroleum-Wägerswerke A.-G. durch einen Freundschaftsvertrag verbunden ist. Da die Chemie der jüngeren Kohlenverwertungsindustrie derjenigen des Anilinkonzerns auf manchen Gebieten überlegen ist, dürfte in der Kombination Rhemania-Runkheim das Symptom einer neuen Entwicklung in der chemischen Industrie liegen, die zu verfolgen von hohem wirtschaftlichen Interesse ist.

Außerlich ganz anderer Art, doch innerlich ganz gleichen Wesens ist der Nachkampf in der Kaliindustrie. Hier ist die Aufhebung des Naturmonopols Deutschlands und die Ueberkapazitalisation des Kalibergbaues zum Anlaß von schweren Nachkämpfen geworden, die sich später zu Marktkämpfen ausbilden können und die nur vorläufig die Form des Kampfes gegen die Majorisierung des Kalisyndikats durch den Wintershall-Konzern angenommen haben. Gegen den Wintershall-Konzern, der durch schärfste Produktionsvereinstimmung auf wenige Gruben das verlorene deutsche Naturmonopol als produktions-technisches Monopol wiederherstellen will, was nur mit sehr hohen Kosten und durch Beherrschung des Kalisyndikats geschehen kann, hat sich unter Führung des Salzdeisters und des Burbach-Konzerns ein Antiblock gebildet. Dieser Antiblock war schon bei seiner Bildung quotenmäßig stärker als die Wintershall-Kombination. Er umfaßte ungefähr 52 Proz. des Kalisyndikats, während auf dem Wintershall-Konzern und den mit ihm durch Interessengemeinschaft verbundenen Preussischen Zinkus 38,6 und 5,3, zusammen 44,5 Proz. entfielen. Nun hat der Antiblock die Lücke der Mansfeldschen Kaliwerke mit 2,38 Proz. angekauft und die Stilllegung der Mansfeldschen Werke beschlossen. Damit verfügt der Antiblock im Kalikonkern über mehr als 54 Proz. und kann der Majorisierung des Kalisyndikats durch Wintershall noch besser begegnen als bisher.

Hinter diesem Nachkampf im Kalisyndikat steht natürlich schon der Marktkampf der Zukunft, den die mittleren Konzerne der Kaliindustrie, die im übrigen dem Grundgedanken der Produktionskonzentration auf wenige Gruben in ihren eigenen Konzernen durchaus sympathisch gegenüberstehen, — gegen den Wintershall-Konzern führen werden, sobald die freie Kaliwirtschaft hergestellt würde, an der wiederum beide Gruppen das gleiche lebhafteste Interesse haben. Der Nachkampf des Antiblocks im Kalisyndikat hat so zunächst nur den Zweck, dem Wintershall-Konzern für den späteren Konkurrenzkampf nicht von vornherein besondere Vorteile aus der Majorisierung des Syndikats zu wachsen zu lassen. Damit liegen für die Kaliindustrie, nur in viel deutlicheren und massiveren Formen, die Verhältnisse ganz ähnlich wie in der chemischen Industrie, und man darf gespannt sein, wie der Kampf um den Weltkaliblock die Struktur der deutschen Kaliindustrie verändern wird.

## Steigende Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 28. Januar 1923 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 21. Januar (138,9) um 1,5 v. H. auf 140,4 gestiegen. Höher lagen vor allem die Preise für Roggen, Weizen, Hafer, Kartoffeln, Butter, Schmalz, Fleisch, die meisten Nahrungsmittel und Benzin. Gefallen sind die Preise für Gerste, Milch, Kindschäute, Kalbfleisch, Treibriemensleder, die meisten Textilrohstoffe, Baumwollgarn, Blei und Zink. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 138,2 auf 140,9 oder um 1,9 v. H.; während die Industriestoffe von 140,0 auf 139,6 oder um 0,3 v. H. nachgaben.

## Der Lebenshaltungsindex kaum verändert.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) für Mittwoh, den 28. Januar, ist gegenüber der Vorwoche (124,0) mit 124,4 nahezu unverändert geblieben.

**Ausdehnung der Deutschen Bank.** Wie die Barmat-Berichtsbank, so wird jetzt auch die Essener Kreditbank zur Filiale der Deutschen Bank. Allerdings erfolgt die Ausdehnung der Deutschen Bank auch hier nicht aus freier Wahl, denn auch die Großbanken haben auf absehbare Zeit genug mit sich selbst zu tun, sondern weil die Deutsche Bank drei Viertel der Essener Kreditbank besitzt. Stärker als die übrigen Banken mußte die Essener Kreditbank ihr Vorkriegskapital zusammenzuziehen, nämlich auf noch nicht 14 Proz. und mußte sofort durch Erhöhung ihres Kapitals von 14 auf 21 Millionen neue Mittel herinzubekommen versuchen. Das ist ihr nicht gelungen, weil die Aktionäre sich in der Zeichnung zurückhielten, so daß die Deutsche Bank als Hauptaktionär einpringen mußte, um das Unternehmen nicht zu gefährden. Die Deutsche Bank besand sich offenbar in dem Dilemma, ihre starke Beteiligung verkaufen und neben der schweren Beunruhigung der deutschen Kreditwirtschaft erhebliche Verluste hinnehmen zu müssen, oder die Rheinische Kreditbank zu übernehmen. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint sie das letztere vorgezogen zu haben. Immerhin liegen in dem guten Ruf der Essener Kreditbank (sie ist 1872 gegründet) und in der Möglichkeit, ihre 33 Niederlassungen mit denen der Deutschen Bank zu vereinigen, günstige Chancen für die Eingliederung in den Geschäftskreis der Deutschen Bank. Einer der charakteristischsten neueren Fälle der Bankkonzentration, die zwar nicht eigentlich dem Ausdehnungs- und Herrschaftsbedürfnis der Großbanken entspringen, aber der zunehmenden Herrschaft der Großbanken über den Kapitalmarkt doch dienen, obwohl sie im Gegensatz zu den Fällen der Vorkriegszeit nicht aus der Fülle, sondern aus dem Mangel im Bankgeschäft geboren sind.

**J. Roth A.-G.** Die meisten Gesellschaften des Barmat-Konzerns sind ohne die gesetzlichen geschäftsführenden Organe, teils weil diese ihr Amt niedergelast haben, teils weil sie festgesetzt sind. In der J. Roth A.-G. fand gestern zur Ergänzung des Rumpfaufsichtsrats die Neuwahl von drei Mitgliedern statt und es soll auf Anregung von Aktionären sofort ein neuer Vorstand bestellt werden. Ueber die Geschäftslage bei dem Unternehmen konnte die Aufsichtsratsperson Geheimrat Dr. Demuth von der Handelskammer nichts sagen, weil die Bücher der Gesellschaft erst gestern freigegeben sind. Er wird, sobald es ihm möglich ist, der Öffentlichkeit und den Aktionären einen Bericht über die Lage des Unternehmens geben. Bei einem zweiten Unternehmen des Konzerns, bei der Küstentransport- und Bergungs-A.G. wurden die Beschlüsse über die Goldmarkteröffnungsbilanz und über die Umstellung verlagert. Die Amegima hat ihre Aktien der preussischen Staatsbank verpfändet und ebenso eine Hypothek, die sie sich für gewährte und zu gewährende Kredite auf den Schiffspark der Gesellschaft hat eintragen lassen. Die Preussische Staatsbank, mit der über verschiedene Modalitäten zur Fortführung der Gesellschaft verhandelt worden ist, erklärte sich zu keinem Entgegenkommen bereit. Sollte die Treuhändergesellschaft A.G., die von den Gläubigern zur Abwicklung des Barmat-Konzerns gebildet werden soll, nicht zustandekommen (sie besteht trotz aller gegenteilig lautenden Pressemeldungen noch nicht), so haben Vorstand und der aus einer Person bestehende Aufsichtsrat die Absicht, Konkurs anzumelden.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Stock, rechts, zu richten.

### Erweiterter Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr pünktlich Sitzung im Jugendheim, Lindenstraße 3.

Die für Sonnabend, den 31. Januar, anberaumte Konferenz der Arbeiter der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlin wird wegen der Kulturkündigung der Partei auf Sonnabend, den 14. Februar, verschoben.

7. Kreis Charlottenburg. Die Bezirksleiter-Sprechstunde fällt heute aus und findet erst nächsten Sonnabend statt.
12. und 13. Kreis. Die Parteigenossen werden gebeten, sich recht zahlreich an dem Volksliedabend der Sozialistischen Arbeiterjugend heute abend 7 Uhr in der Oberrealschule, Marienhof, Raiserstraße, zu beteiligen. Eintritt 20 Pf. Karten an der Abendkasse.
15. Kreis. Abt. 101-107. Die Genossen, die dem Reichsbanner angehören, treffen sich Sonntag früh 9 1/2 Uhr zum Marsch in Treptow. Bitte Brüder, an der Rohmühlentränke.

### Heute, Sonnabend, den 31. Januar:

57. Abt. Charlottenburg. Die Wählervereinstellungsarbeiten werden beim Gen. Bause, Schillerstr. 60, oder Gen. Klappstein, Postfachstr. 20, ab. Genossen ohne Wahlvereinstellung oder Kandidaten werden ebenfalls an diese Adressen ab.
- Januarsozialistischer Mittw. Treffpunkt zur Kulturkündigung heute 6 1/2 Uhr an der Normalhöf. Hofstraße Markt. — Sonntag früh Treffpunkt zur Wanderung 6 1/2 Uhr Bundesberger Weg, Stadtbahnhof. Abfahrt 7 Uhr 25 Schlesiener Bahnhof nach Strausberg. — Gruppe Korb. Treffpunkt zur Kulturkündigung abends 6 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Bahnhofs.

### Morgen, Sonntag, den 1. Februar:

4. Abt. Die Frauen der Abteilung treffen sich spätestdens um 1 1/2 Uhr bei Schwara, Planfischerstr. 10, zur Gedächtnisfeier der Genossin Rieck auf dem Friedhof Friedhof.
8. Abt. Treffpunkt zur Denkmalerrichtung der Genossin Rieck nachm. 1 Uhr pünktlich Bahnhof Hallesches Tor.
22. Abt. Die Genossinnen treffen sich zur Denkmalerrichtung der Genossin Rieck nachm. 1 1/2 Uhr am Bahnhof Wedding oder 2 1/2 Uhr am Friedhof, einmündig in Friedhofstraße.
31. Abt. Frauengruppe. 1 1/2 Uhr Abfahrt Schönhauser Allee nach Friedhofstraße.
38. Abt. Treffpunkt der Genossinnen zur Denkmalerrichtung der Genossin Rieck 2 1/2 Uhr Endholthofstr. der Linie 60 E. Von dort gemeinsamer Abmarsch zur Gedächtnisfeier der Genossin Rieck.
44. u. 6. Abt. Treffpunkt der Genossinnen zur Gedächtnisfeier der Genossin Rieck nachmittags 1 Uhr pünktlich Mariannenplatz am Feuerwehrentempel.
74. Abt. Reichsbanner. Vormittags 9 1/2 Uhr treffen sich die Mitglieder im Hotel Rinde. „Am Bilde“, Radweg Nr. 2, zur „Formations“-Mantation.
181. Abt. Treptow. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Gedächtnisfeier der Genossin Rieck nachm. 3 Uhr auf dem Friedhof Friedhof.
117. Abt. Pankow. Die Genossen treffen sich nachmittags 2 1/2 Uhr bei Tempel, Gubenerstr. 7, zur Denkmalerrichtung der Genossin Rieck.
128. Abt. Friedrichshagen. Nachm. 2 1/2 Uhr Treffpunkt am Centralfriedhof in Friedrichshagen zur Denkmalerrichtung der Genossin Rieck.

### Jugendveranstaltungen.

Wichtig. Abteilungsleiter! Holt die Gewinne der Kulturkündigung!

### Heute, Sonnabend, den 31. Januar:

- Bezirksrat Kottbus. Abends 7 1/2 Uhr in der Schaula, Marienhof, Raiserstraße, Hallesches Tor, Charlottenburg, Volkshaus, Lebende Bilder. Treffpunkt: „Das Volkshaus“.
- Städt. 1: Treffpunkt zum Volksliedabend 7 Uhr Bahnhof Eberswalde. — Städt. 11: Treffpunkt zum Volksliedabend 7 Uhr Bahnhof Eberswalde.

### Morgen, Sonntag, den 1. Februar:

- Schön A.-G.: Befehl der Reichsleitung für Textil- und Bekleidungsindustrie, Warschauer Platz. Treffpunkt 9 Uhr vorm. Berliner Bahnhof. — Schönhauser Vorstadt: Sonnabend, Schönhauser Str. 7.
- Bezirksrat Kreuzberg. Sonnabend abend. Pöcher zur Raute aus dem „Volkshaus“, Volks- und Belfer. Treffpunkt: „Volkshaus“ u. a. (Wahlvereinstellung sind mitzubringen).
- Welles. Fahrt nach dem Reichstag. Treffpunkt 1 1/2 Uhr Bahnhof Hallesches Tor. — Wilmersdorf. Fahrt Kaiser Köhler. Treffpunkt 8 Uhr Volkshaus. — Kottbus. Fahrt ins Haus. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Eberswalde.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Die Bank Frau hat Geld durch Verkauf der am Montag, 2. Februar, beizubehalten. Die Bank hat die beizubehaltenen Reichsbanknoten zurückgezogen. Im Rahmen dieser von der Reichsbank immer freudig begrüßten Sondermaßnahme stellen wir die besten Voraussetzungen. Jeder Einkauf lohnt sich angesichts der hervorragenden Preiswürdigkeit trotz höchster Qualität aller Textilartikel. Beachten Sie das Infocet in der Sonntagsausgabe.

Wetter für Berlin und Umgegend. Zunehmend mild, veränderlich. Erwünscht, viel Regenfälle. In ganz Deutschland mildes, veränderliches, bewölkttes Wetter mit zeitweiligen Regenschauern.

# Weisse Woche

vom 1. bis 7. Februar

**Einige Preisbeispiele**

aus unserem vier Seiten starken Führer durch unsere „Weisse Woche“, der in unserem Lokal verteilt wird!

|  |      |  |      |  |      |   |      |
|--|------|--|------|--|------|---|------|
| Renforcé<br>feinlädig, ca. 80 cm breit,<br>Meter . . . . . Pf. | 55   | Stores<br>aus gutem Etamin, mit breitem<br>Einsatz . . . . .                         | 1 95 | Dam.-Blusen<br>aus Vellé, mit Säumchen,<br>Stück . . . . .                       | 85   | Einsatzhemd<br>weiß Trikot, mit modernen<br>Einsätzen . . . . . | 2 95 |
| Voile<br>gute Schweizer Qualität . . . . . Mtr.                | 1 10 | Dam.-Hemden<br>a. feinlädig, Renforcé, schmal,<br>Achsel und Hohlzusen . . . . . Pf. | 95   | Kleider<br>aus gutem Mädelin, tolle<br>Machart . . . . .                         | 5 95 | Schlüpfer<br>für Damen, weiß, mit<br>Kell . . . . . Pf.         | 95   |
| Etamin<br>Breite 150 130 100 90 cm<br>125 110 90 . . . . . Pf. | 83   | Oberhemd<br>Perkal, gestülpte Brust, 1<br>steifen, 1 weichen Kragen M.               | 5 95 | Taschentüch.<br>weiß Léon mit Kordelkante,<br>Breite ca. 38, 1 Dtzd. . . . . Pf. | 95   | Hemd-Passen<br>ganz aus Stickerel<br>Stück . . . . . Pf.        | 50   |

Sehenswerte Innen- und Schaufenster-Dekoration

Verlangen Sie bei Einkäufen von Über 3 M. einen Bon Ob. 1 Ballon

Wilk. Herm. Sessler, Schöneberg

Kolonnenstr. 10/11 Ecke Sedanstr.

Zucker beste in Raffinade . . . . . Pfund Pf. 29

Mehl „Marke Edel“ . . . . . Pfund Pf. 22

## Das eherne Stimmband.

Von Artur Fürst.

Die Schallplatten in allen Telephonen sind aus Eisen, aber sie können trotzdem fast ebenso gut Reden halten und harmonische Töne hervorbringen wie der menschliche Kehlkopf. Diese Tatsache ist gar nicht so erstaunlich, wie es auf den ersten Blick erscheint, denn unsere Stimmbänder sind auch nichts anderes als aus Stoff gebildete Membranen. Daß es so schwer gelingt, die von ihnen erzeugten Töne unverändert durch den Fernsprecher zu übertragen, hat seinen Grund einzig darin, daß wir die Membranen im Fernsprecher nicht auch aus Metallfolien herstellen können. Jeder Körper hat eine seiner Struktur entsprechende bevorzugte Schwingungsform. Die Strukturelemente in dem Kohleplättchen des Mikrophons, in das beim Telephonieren hineingesprochen wird, und in der Eisenmembran des Telephons, das man an das Ohr hält, bewegen sich bei Erschütterungen anders als die Fasern in den Stimmbändern. Dadurch entstehen Verzerrungen der Töne, die vor allem die Klangfarbe ändern.

Wir sind so sehr an die redenden Kohle- und Eisenplättchen gewöhnt, daß wir bei Benutzung der altüblichen Apparate die Umföhrung der Klänge durch sie kaum noch merken. Die Veränderung wird aber sehr unangenehm fund, sobald tonstarke Telephone benutzt werden. Die Rundfunktelephonie hat die Lautsprecher, die bis dahin in einem Dornröschenschlaf gelegen haben, zu lebhaftem Eindringen in weite Kreise erweckt. Und dabei hat wohl jeder die Beobachtung gemacht, daß das Problem des Baues dieser Apparate noch keineswegs gelöst ist.

Es darf heute als erwiesen gelten, daß aus dem Lautsprecher, der fest ans Ohr gelegt werden muß, der Lautsprecher, dessen Klangleistung einen ganzen Saal durchdringt, nicht durch bloße Vergrößerung der wirkenden Ausstrahlung geschaffen werden kann. Die allzu gewichtigen Schallplatten, die über den Magneten der jetzt üblichen Lautsprecher schweben und von diesen beim Ankommen der Ströme aus den Verstärkern hin und her bewegt werden, reden eine eigene Sprache. Und diese klingt allermeist nicht schön. Es ist notwendig, den Gegenstand ganz anders anzugreifen. Aussicht, einen guten Lautsprecher herzustellen, besteht hauptsächlich dann, wenn die Platte in ihm, der schwingende Körper also, der die zum Ohr dringenden Erschütterungen in der Luft hervorruft, äußerst leicht ist und so geformt, daß er möglichst gar keine bevorzugte Eigenschwingung hat. Ist sein Gewicht nicht unverhältnismäßig viel größer als das Gewicht der von ihm verdrängten Luftmasse, dann kann er die umgebende Luft in besonders günstiger Weise ausstoßen, und wenn er keine der dauernd wechselnden Schwingungsfrequenzen bevorzugt, so gehorcht er allen Frequenzen in gleicher Weise, und verursacht eine hohe Gleichmäßigkeit der Wiedergabe. Diesen Bedingungen entspricht in hohem Maße der von der deutschen Industrie geschaffene Bändchenapparat, dessen Wirkung über das bisher Geleistete hinausgeht. Zugleich ist damit ein neues Telephon und ein neues Mikrophon geschaffen.

Das alte Mikrophon, der Ausnahmeapparat, wandelt die akustischen Schwingungen in elektrische, indem die Luftbewegungen auf eine dünne Kohlemembran treffen, diese erschüttert und hierdurch den Kontakt des Blättchens mit Kohleformern ändern, welche seine Hinterwand leise berühren. Diese Kontaktänderungen rufen in den Drahtleitungen, die an das Mikrophon gelegt sind, oder in der Strahlung der Antenne eines drahtlosen Senders Stromschwingungen hervor. Sie gelangen auf der Empfangsseite in das Telephon, wo sie, in Drahtspulen um Magnete laufend, deren Intensität entsprechend ändern. Die Dicht vor den Magnetspulen angebrachte Schallplatte aus Eisen wird dadurch in Schwingungen gesetzt, die den ursprünglichen Schwingungen der Mikrophonplatte bis zu einem gewissen Grade gleich sind und die Luft am Empfangsort entsprechend anstoßen. Daß hüben und drüben nur eine ungefähre Schwingungsgleichheit stattfindet, liegt, wie wir wissen, an der gewichtigen Körperlichkeit der beiden Schallplatten. Wenn die Übertragung vom Sendezum Empfangsapparat geht, wenigstens wenn sie drahtlos geschieht, völlig verzerrungsfrei vor sich.

Im Bändchenlautsprecher werden die Magnete von einem ruhenden Dauerstrom durchflossen. Es bildet sich zwischen ihnen ein magnetisches Kraftfeld aus, das wir uns aus einzelnen Kraftlinien oder Kraftlinien zusammengesetzt denken, die von Pol zu Pol streichen. In dem Raum zwischen den Polen ist ein Aluminiumbändchen von noch nicht ein Fünftel Millimeter Dicke angebracht. Durch eine feine Walzung, die ihm Wellblechform gibt, ist das Bändchen ganz besonders leicht beweglich gemacht. Seine Masse ist nicht mehr viel größer als die Masse der von ihm verdrängten Luft. Durch dieses Aluminiumbändchen, das selbst vom Magnetismus natürlich nicht beeinflusst werden kann, werden die vom Mikrophon ankommenden schwankenden Ströme geleitet. Das Bändchen ist dann Teil einer

Strombahn. Diese stellt sich je nach der Stärke und der Richtung des im Augenblick durchfließenden Stroms im Magnetfeld verschieden ein. Und diese wechselnden Einstellungen entsprechen den Schwingungen im Mikrophon, also den von diesem Apparat oder von Musikinstrumenten oder einem menschlichen Kehlkopf hervorgerufenen Schallschwingungen. Deren Wiedergabe ist nun im Bändchenlautsprecher infolge der Anwendung des äußerst leichten Aluminiumbändchens sehr genau. Man ist überrascht, mit welcher Fein-

## Reichswirtschaftsminister Neuhaus der alte eheliche Monarcho-Republikaner



Warum denn stets gleich schwören, meine Lieben?  
Man läßt es, wenn es geht; das ist gescheiter.  
Im Katechismus steht ja schon geschrieben:  
Du sollst nicht schwören, zaubern und so weiter.

Doch gilt's, Ministerposten zu errufen:  
Da schwört man, weil's Bedingung doch nun mal is,  
Jinkt auf die Republik und denkt: ihr Affen...  
Dies nennt sich reservatio mentalis. O. K.

heit jede Klangfarbe übertragen wird. Der störende Einfluss eines bewegten Körpers ist fast gänzlich beseitigt. Dabei kann eine gewaltige Klangstärke entwickelt werden. Die Freiheit von Nebengeräuschen ist sehr groß; da keine Veränderungen in der Berührung von Körpern stattfinden, sondern nur das Schneiden körperlöser Kraftlinien.

Der Bändchenapparat, das neueste auf dem Gebiet der Fernsprechtechnik, führt in selbstamer Weise an den Anfang der Telephonie zurück. Bei dem von Graham Bell erfindenen ersten praktisch brauchbaren Fernsprecher waren Sender und Empfänger gleich geformt. Sie konnten wechselseitig zum Senden und Abhören benutzt werden. Dann gab das von Hughes erdachte Mikrophon dem Sender eine Eigengestalt; man kann mit Kohlemikrophonen nicht empfangen. Und so blieben Geben- und Empfangseinrichtung verschieden, bis der Bändchenapparat die Gleichheit der Ausstrahlung auf beiden Seiten wiederhergestellt hat. Der deutschen Technik ist mit der neuen Schöpfung ein wichtiger Fortschritt für die Ausrüstung drahtloser Empfänger gelungen. Wir sind damit, wie sorgfältige sachmännische Vergleichenungen bewiesen haben, im Besitz des besten Lautsprechers und haben Amerika gerade auf einem Gebiet geschlagen, das drüben mit größtem Eifer angebahnt worden ist.

## Die Kreuzworträtsel-Manie.

Nach der Begeisterung für den Rundfunk ist die nach Unterhaltung gierige Welt von einer neuen Manie befallen worden, von der Leidenschaft für das Kreuzworträtsel. Auch bei uns beschäftigt dieser schwierige Zeitvertreib unzählige Köpfe, aber in den Vereinigten Staaten, wo jede Mode gleich ungeheuerliche Formen annimmt, ist diese Manie zu einer wahren Plage ausgewachsen. Selbstverständlich gibt es in Nordamerika keine Zeitung, die dieser Rätselform nicht mehrere Spalten widmet, und die konservative New Yorker „Times“ erregt dadurch Sensation, daß sie — keine Kreuzworträtsel bringt. Aber auch schon eine ganze Literatur ist für dieses Gebiet entstanden. Das „erste Kreuzworträtselbuch“, das im April 1924 erschien, wurde in neun Monaten in mehr als einer halben Million Exemplaren verbreitet. Die Wörterbücher erleben eine hausse. Noch niemals sind soviel englische Verita gefaßt worden als jetzt, denn die Kreuzworträtsel studieren diese dicken Bände, um feltene Worte aufzufindern. Ein unternehmender Verleger hat eine alte Auflage eines Wörterbuchs, die ziemlich wertlos war, mit dem neuen Titel „Kreuzworträtsel-Wörterbuch“ herausgebracht und den Ladenhüter unter dieser Flagge im Handumdrehen verkauft.

Es gibt natürlich eine große Anzahl von „Kreuzworträtselklubs“ in den Vereinigten Staaten, und es gibt natürlich auch einen Wettbewerb im Kreuzworträtselraten. Diesen Titel nimmt eine Dame Ruth von Phil für sich in Anspruch, die auf dem „Ersten Nationalen Kreuzworträtsel-Turnier“ der Nationalen Kreuzworträtsel-Vereinigung“ in New York den ersten Preis errang. Selbstverständlich wird das Raten dieser geheimnisvollen Aufgaben auch auf den Universitäten gelehrt. Unter den Studenten herrscht ein edler Wettstreit, und kürzlich hat die Universität Yale die Universität Harvard in dem „jährlichen Universitäts-Kreuzworträtsel-Wettbewerb“ geschlagen. Ein Professor der Universität Princeton benutzt die Kreuzworträtsel, um Englisch zu lehren; ein anderer Professor verwendet sie für psychologische Versuche. Das Kreuzworträtsel als Intelligenzprobe ist allgemein eingeführt. Ein Geistlicher in Pittsburg liest in seine beliebigen Kreuzworträtsel ein, und das Gesundheitsamt von Detroit verbreitet Kreuzworträtsel, deren Auflösung Gesundheitsregeln und hygienische Anweisungen enthalten. Auch die Sprache wird durch die Rätselmanie beeinflusst. Die Verfertiger der Rätsel graben Worte aus, die veraltet sind oder selten gebraucht werden, und dadurch kommen diese Worte in die Umgangssprache. Aber man begnügt sich nicht nur mit der Lösung der Rätsel, sondern auch die Schnelligkeit des Ratens spielt bei den Wettbewerben eine Rolle, und die Weltmeisterin, Ruth von Phil, verdankt ihren Ruf besonders der Schnelligkeit, mit der sie jede Aufgabe löst.

300 000 indische Kinderwitwen. Nach den offiziellen Daten, die Professor Ruidbroof Williams, der Direktor der Nachrichtenstelle des indischen Regierungsamtes, in der „Review India“ veröffentlichen, gibt es in Indien zurzeit über 300 000 Kinderwitwen, die das Alter von 15 Jahren noch nicht erreicht haben. Die große Masse der Kinder, zahlmäßig ausgedrückt 320 Millionen Menschen, ist jeder elementaren Bildung bar und des Lebens und Schreibens unfähig. Die ganze Auffassung und die Führung des Lebens folgt der Mehrzahl der Bevölkerung nicht nur in den Grenzen äußerster Armut zu halten, sie denken ihnen auch jede Möglichkeit, sich aus eigener Kraft aus dieser Armut herauszuwickeln. „Heberall“ ist führt Professor Williams aus, herrschen Überlieferungen und gefühlsmäßige Auffassungen, die jede wirtschaftliche Erkenntnis von vornherein unmöglich machen. Hierin hat sich im Laufe der Jahrhunderte so gut wie nichts geändert. Wie das unheilvolle Kastensystem, das 200 Millionen Hindus in streng getrennte Klassen teilt, die einander fremd und feindselig gegenüberstehen, so erbt sich auch das von der Religion beauftragte System der Kinderwitwen als ewige Krankheit fort, und wie vor Jahrhunderten betrachtet auch heute noch die Religion der Hindus die Wiederbeerdigung dieser Kinderwitwen als eine Sünde gegen das Religionsgesetz. Es ist bezeichnend für den neuen Geist, der sich auch in Indien regt, daß führende Männer dem Fortschritt den Weg zu bahnen bemüht sind. Aber diese Bemühungen stellen sich immer noch Hindernisse in den Weg, die schier unüberwindlich sind.

Die Grundflora der Binnenmeere. Bisher mußte man noch nicht, bis zu welcher Wasseriefe den in Binnenmeeren wachsenden Pflanzen Entwidlungsmöglichkeiten geboten sind. Der französische Botaniker Pierre Dargard hat im See von Annecy umfangreiche Untersuchungen vorgenommen, über deren Ergebnisse er in einer der letzten Sitzungen der Pariser Akademie der Wissenschaften berichtete. Er konnte dabei feststellen, daß es noch in einer Tiefe von 23 Metern eine üppige Vegetation gibt. Die Pflanzen, die hier im Dunkeln wachsen, gehören zum größten Teil der Gattung der Algen an.

## Matteo Falcone.

4) Von Prosper Mérimée.  
(Schluß)

„Gott Lob und Dank!“ rief Giuseppe. „Er hat uns vergangene Woche eine Milchsäure gestohlen.“

Solches hörte Gamba mit Vergnügen.

„Armer Teufel!“ murmelte Matteo. „Er hatte Hunger.“

Der Bursche hat sich wie ein Löwe verteidigt,“ fuhr der Feldwebel fort, etwas eingeschüchtert. „Er hat einen meiner Jäger niedergeschlagen, und nicht zufrieden damit, dem Sergeanten Charbon den Arm zerbrochen, was nicht weiter schlimm ist, denn Charbon ist bloß ein Franzose. Zuletzt hat er sich so gut versteckt, daß ihn auch der Teufel nicht entdeckt hätte. Ohne Vetterchen Fortunato hätte ich ihn nie und nimmer gekriegt.“

„Fortunato?“ schrie Matteo.

„Fortunato!“ echote Giuseppe.

Ja, Gianetto hatte sich da im Heuschäuber verkrochen, aber Vetterchen hat mir das Versteck gezeigt. Ich werde es auch meinem Onkel, dem Caporale, berichten, damit er ihn für seine Mühe ein schönes Geschenk schickt. Und sein wie dein Name soll im Bericht nicht fehlen, den ich dem Herrn Staatsanwalt überreichen werde.“

„Verfluchte Geschichte!“ flüsterte Matteo vor sich hin. Sie hatten den Streiftrupp erreicht. Gianetto war bereits auf die Wache gearbeitet. Eben sollte aufgeschlossen werden. Als er Matteo zusammen mit Gamba erblickte, lächelte er eigentümlich; dann, gegen die Haustüre gewandt, spuckte er auf die Schwelle und sagte: „Verräterhaus!“

Nur ein Mann, der mit dem Leben abgerechnet hat, konnte es wagen, Falcone das Wort Verräter ins Gesicht zu schleudern. Ein Wagen, Falcone das Wort Verräter ins Gesicht zu schleudern. Ein Dolchstoß, dem sein zweiter hätte zu folgen brauchen, hätte den Schimpf im selben Augenblick gerächt. Doch Matteo tat nichts; nur machte er eine Handbewegung nach der Stirn wie einer, der sich Höherem fügt.

Fortunato war ins Haus gegangen, sowie er den Vater kommen sah. Bald kam er wieder zum Vorschein mit einem Topf Milch, den er mit gekerkertem Blick Gianetto darbot.

„Weg von mir!“ schrie der Geschickte mit Donnerstimme ihn an. Darauf sagte er zu einem der Jäger: „Kamerad, gib mir zu trinken!“

Der Soldat legte ihm seine Feldflasche zwischen die Hände, und der Geschickte trank das Wasser, das ihm ein Reicht relöste, mit dem

er kurz zuvor Flintenschüsse gewechselt hatte. Dann bat er, man möge ihm die Hände anstatt unter dem Rücken über der Brust zusammenbinden.

„Ich liege gern bequem,“ sagte er.

Man besaß sich, ihm zu willfahren. Darauf gab der Feldwebel das Zeichen zum Aufbruch, nahm Abschied von Matteo, ohne Antwort zu erhalten, und begann raschen Schrittes den Abstieg.

Etwas zehn Minuten verstrichen, ehe Matteo den Mund öffnete. Der Knabe schaute mit unruhigem Auge bald zu seiner Mutter, bald zu seinem Vater, der ihn, auf seine Büchse gestützt, mit dem Ausdruck maßlosen Ingrimm betrachtete.

Endlich sagte er: „Dein erstes Stück war gut!“

Diese Worte klangen kühl, grauig aber dem, der den Sprecher kannte.

„Vieher Vater!“ rief der Knabe, Tränen in den Augen und näher kommend, offenbar, um vor ihm auf die Knie zu fallen.

Matteo jedoch schrie: „Zurück von mir!“

Da blieb das Kind stehen und schluchzte. Regungslos stand es etliche Schritte von seinem Vater.

Giuseppe trat hinzu. Sie hatte die Uhrzeit bemerkt, die aus Fortunatos Hemd hervordrängte.

„Von wem hast du die Uhr?“ fragte sie in strengem Tone.

„Vom Vetter Gamba.“

Falcone riß die Uhr an sich und schluderte sie mit aller Gewalt gegen einen Stein, an dem sie in tausend Stücke zerschellte.

„Weib,“ rief er, „ist der mein Blut?“

Giuseppas Wangen wurden bleichrot.

„Was sagst du, Matteo? Weißt du, mit wem du redest?“

„Der erste Spröß meines Stammes, der ein Verräter ist!“

Fortunatos Seufzen und Stöhnen wurde immer heftiger. Falcone starrte mit seinen Augen scharf auf ihn. Endlich stieß er den Kolben seines Gewehres zu Boden, warf es über die Schulter, schlug wieder den Weg nach der Rocchia ein und schrie Fortunato zu: „Wir nach!“

Das Kind gehorchte.

Giuseppe ließ ihn: Matteo her und faßte ihn am Arm.

„Es ist dein Sohn!“ sagte sie mit bebender Stimme, indem sie den Blick ihrer schwarzen Augen in die ihres Mannes hobte, wie um darin zu lesen, was in seiner Seele vorging.

„Ruh ab!“ erwiderte Matteo. „Ich bin kein Vater.“

Giuseppe umarmte ihren Sohn und zog sich weinend in die

Hütte zurück. Vor einem Bilde der Madonna warf sie sich auf die Knie und betete inbrünstig. Währendem ging Matteo zweihundert und einige Schritte den Pfad hin und machte erst vor einer kleinen Schlucht halt, in die er hinabstieg. Er untersuchte den Boden mit dem Gewehrlofen und fand ihn weich und leicht aussehend. Die Stätte dünkte ihm passend für sein Vorhaben. „Fortunato, stell dich an den großen Stein dort!“

Das Kind tat, wie ihm geheißen. Dann kniete es nieder.

„Bete!“

„Vater, Vater, Ihr wollt mich töten?“

„Bete!“ wiederholte Matteo mit schrecklicher Stimme.

Weinend, schluchzend stammelte das Kind das Vater und das Credo her. Mit fester Stimme sprach der Vater jedesmal das Amen nach.

„Sind das alle Gebete, die du weißt?“

„Lieber Vater, ich kann noch das Ave Maria und die Vitanee, die mich die Tante gelehrt hat.“

„Die ist lang, doch in Gottes Namen!“

Das Kind sagte die Vitanee bis zu Ende her, mit immer leiser werdender Stimme.

„Bist du fertig?“

„Gnade, lieber Vater! Verzeiht mir! Ich wills nicht wieder tun. Ich werde den Vetter Caporale bitten, daß er Gianetto laufen läßt.“

Nach redete Fortunato. Matteo hatte den Hahn geipamt und legte das Gewehr an die Wange.

„Gott sei dir gnädig!“ murmelte er.

Der Knabe machte einen verzweifelten Versuch, aufzustehen und die Knie seines Vaters zu umklammern, aber er kam nicht weit dazu.

Matteo drückte ab, und Fortunato fiel tot nieder.

Ohne dem Leichnam einen Blick zu gönnen, schlug Matteo den Heimweg ein. Er wollte einen Spaten holen, seinen Sohn zu begraben.

Er hatte nur wenige Schritte zurückgelegt, als er Giuseppe begegnete, die, aufgelockert durch den Schuß, herbeilief.

„Was hast du getan?“ schrie sie.

„Gerechtes!“

„Wo liegt er?“

„In der Schlucht. Ich will ihn begraben. Er ist als Christ gestorben. Ich lasse ihm eine Kiste legen.“

„Sage meinem Schwieger- vater Tadeo Bianchi, er soll fortan in unserer Hause wohnen!“

